

Zentrumsdemokrat und Finanzpolitiker: Richard Müller(-Fulda) als Parlamentarier 1893 bis 1920

Von Siegfried Weichlein

Als Richard Müller¹ am 15. Juni 1893 zum Reichstagsabgeordneten für den siebennten kurhessischen Reichstagswahlkreis Fulda-Gersfeld-Schlüchtern gewählt wurde, bedeutete dies in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt. Richard Müller löste den westfälischen Adligen Klemens Graf Droste zu Vischering (1832-1923) ab, der sich ähnlich anderen adligen Zentrumsabgeordneten nach dem scharfen parteiinternen Dissens in der Frage der Caprivischen Militärvorlage nicht mehr der Wiederwahl stellte. Mit Richard Müller, Jahrgang 1851, betrat eine neue Generation die politische Bühne. Die politische Sozialisation dieser Generation war in die Reichsgründungs- und Kulturkampfszeit gefallen. Mit Richard Müller und anderen wurde die Generation der durch die 1848er Revolutionsergebnisse Geprägten abgelöst. Zu diesen hatten neben Müllers Vorgänger Graf Droste dessen Vorgänger Franz Joseph Herrlein (1818-1890) und Franz Rang (1831-1893) gehört. Gleich auf mehreren Positionen erneuerte sich das politische Personal Fuldas zu Beginn der 1890er Jahre. Im Januar 1894 wurde Georg Antoni (1862-1945) zum neuen Fuldaer Oberbürgermeister gewählt, und im gleichen Jahr zog Robert Kircher (1852-1911) für Fulda als neuer Abgeordneter in den preußischen Landtag ein. Mit diesen drei Persönlichkeiten, von denen Kircher noch dem in Fulda wichtigen KKV vorstand, etablierte sich eine bürgerliche Führungsschicht im lokalen politischen Katholizismus, die eine neue Interessenlage von der abtretenden Generation unterschied. Weniger die kulturpolitischen Frontstellungen der frühen Bismarckzeit, sondern vielmehr die wirtschaftlichen Probleme der Hochindustrialisierung prägten diese Politikergeneration. Nach dem Abflauen und der Beilegung des Kulturkampfes traten nun die Probleme der wilhelminischen Ära in den Vordergrund: die Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung und den rüstungspolitischen Zumutungen der Reichsführung sowie das Bestreben nach einer Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Anders als die Zentrumsführung im Reich vor 1890, die zu weiten Teilen von adligen und agrarischen Kreisen gebildet worden war, drängten nun Bürgerliche an die Spitze der Zentrumsparterie: allen voran Ernst Lieber, nach dem Tode von Ludwig Windthorst die neue informelle Führungsfigur. In seinem Gefolge trat der Fuldaer Fabrikant Richard Müller in den Reichstag ein. Man kann diese bürgerliche Generation von Zentrumspolitikern als ‚Zentrumsdemokraten‘ im Unterschied zu den ‚Populisten‘ etwa der Bauernvereinsbewegung und der vorangehenden Generation der Honoratioren bezeichnen.²

In Fulda selbst war die Kandidatur Müllers nicht unumstritten gewesen. Der Vater Richard Müllers, der Fabrikbesitzer Burkhard Müller (1810-1881)

Fuldaer Geschichtsblätter

70. 1994

hatte 1874 – mithin auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes – für die Fuldaer Nationalliberalen gegen das Zentrum kandidiert. Schon vorher – bei den preußischen Landtagswahlen am 9. und 16. November 1870 – hatte er erfolglos für die Konservativen gegen das Zentrum kandidiert und immerhin 60 Wahlmännerstimmen (35,7 %) erhalten. In der Zentrums kandidatur seines Sohnes kulminierte die Aussöhnung zwischen der Zentrumspartei und den verbliebenen, vor allem wirtschaftsliberalen Schichten der Bischofsstadt.³ Nachdem die Milderungsgesetze der 1880er Jahre Konservative und Zentrumspartei noch in einer kirchenpolitischen Interessenskoalition gesehen hatten, war diese nach den Kartellwahlen zusehends zerbrochen. Militär- und Wahlrechtsfragen traten in den Vordergrund. Die Entfremdung zwischen Konservativen und Zentrum begünstigte die Annäherung des schwachen katholischen Liberalismus und der Zentrumspartei. Dies wurde durch den Umstand erleichtert, daß bürgerliche Honoratioren seit langem eine wichtige Rolle in der Zentrumspartei spielten. In den aktuellen tagespolitischen Fragen der Militär- und Finanzpolitik stand zudem das Zentrum den Linksliberalen näher als den Konservativen, mit denen man zuvor in der Beilegung der Kulturkampfgesetze zusammengearbeitet hatte.

Die immensen Mehrforderungen der Reichsleitung in der Militärvorlage 1893 zogen einen tiefen Riß in der Zentrumsfraktion nach sich. An der Basis machte sich der Unmut in deutlichen Bekundungen Luft, so daß die Kandidaten zur Frage der Militärvorlage unterschieden Stellung nehmen mußten. Richard Müller sprach sich gegen den Kompromißvorschlag Huene aus, welcher aus der Sicht der Mehrheit der Zentrumsabgeordneten der Reichsführung zu weit entgegenkam.⁴ Es gab indessen konservative Stimmen im Katholizismus für die Militärvorlage und verstärkte Rüstungsausgaben. Diese Stimmen sammelten sich in Osthessen um die größeren ländlichen Güter und fanden in der Kandidatur des Domänenpächters und Amtrates Carl Thaler (1831–1893) ihren politischen Ausdruck. In diesen Kreisen zeigte man sich enttäuscht über den offensichtlichen Ausgleich zwischen der lokalen Zentrumsführung und den wirtschaftsliberalen Kreisen der Bischofsstadt. Thaler unterlag mit nur 27,7 % Stimmen im Wahlkreis und lediglich 17,8 % in Fulda indessen deutlich.⁵

Die Kandidatur eines städtischen Industriellen fand naturgemäß nicht die ungeteilte Zustimmung der ländlichen Bevölkerung. Die katholischen Bauernvereine und die ländliche Geistlichkeit ließen eine deutliche Distanz zu dem städtischen Unternehmer Müller erkennen. Der Präsident der Fuldaer Bauernvereine Klingebiel (Böckels) suchte Müller auf, nachdem er von dessen in Aussicht genommenen Kandidatur erfahren hatte, und erhielt von ihm Zusicherungen, daß er die Interessen der katholischen Landwirte berücksichtigen würde. Der Akzeptanz Müllers als Zentrumskandidat diente eine geschickte Regie der entscheidenden Vertrauensmännerversammlung am 22. Mai 1893. Der Vorsitzende der Bauernvereine schlug Richard Müller als Reichstagskandidaten vor. Daraufhin wurde „die Kandidatur des Rentners Richard Müller unter allseitiger lebhafter Zustimmung proklamiert“.⁶ Müller machte sich einige Forderungen der Landwirtschaft zu eigen:



Reichstagsabgeordneter Richard Müller(-Fulda) 1851–1931

„In wirtschaftlichen Fragen halte er einen angemessenen Schutzzoll für unentbehrlich, weil vor allem der Bauernstand kräftig erhalten werden müsse, denn dieser bilde den weitaus größten Teil der Bevölkerung und stelle somit auch das größte Absatzgebiet für die Produkte der Industrie dar. Eine stärkere Heranziehung von Branntwein, Bier und Tabak zur Steuer müsse im Interesse der Landbevölkerung vermieden werden.“⁷

Müllers Wahl konnte danach als sicher gelten. Am 15. Juni 1893 wurde er mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Wahlkreis und 68,8 % in seiner Heimatstadt Fulda in den Reichstag gewählt. Richard Müller ging im Alter von 42 Jahren als Rentner in die große Politik, nachdem er zuvor als Stadtverordneter tätig gewesen war. Seine Biographie bewegte sich bis dahin in den Bahnen des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums der Textilbranche. Sein Vater Burkhard Müller besaß eine gutgehende Textilfabrik gefärbter Stick- und Strickgarne⁸, die Richard 1876 zusammen mit seinem Bruder Karl erbe. Fortan lebte Richard Müller vom Kapitalertrag als Rentier. Daneben war er der größte Grundbesitzer des Kreises Fulda. 1885 heiratete er Mary-Anne Sullivan (1861–1887), die Tochter eines irischen Postbeamten aus Islington, die zuvor in Fulda als Au-pair-Mädchen gearbeitet hatte. Gegen den Widerstand der Mutter Müllers wurde die Ehe in England geschlossen. Sie endete tragisch und mag Müllers Wechsel von Fulda nach Berlin mit verursacht haben. Seine Frau und das neugeborene Kind starben 1887 im Kindbett.

1. Schuldentilgung und Flottenrüstung: Die Legislaturperiode 1893–1898

Frisch in den Reichstag gewählt, wurde Richard Müller mit den Handelsverträgen Caprivis konfrontiert. Im März 1894 stand der politisch wichtige Vertrag mit Rußland zur Debatte. Die agrarischen Interessen im Zentrum rangen hier mit der Industrie. Der Zentrumsführer Ernst Lieber konnte die Zentrumsfraktion zu keinem einheitlichen Votum bewegen. In der Schlußabstimmung votierten 45 Abgeordnete des Zentrums für den Vertrag, 39 dagegen und 15 waren abwesend. Richard Müller lehnte den Vertrag ab und gab den agrarpolitischen Interessen seiner ländlichen Wähler den Vorzug vor allen gemeinpolitischen und exportorientierten Überlegungen.⁹

Im Reichstag profilierte sich Müller jedoch nicht als Agrarexperte, sondern in Budget- und Steuerfragen. Bereits ein Jahr nach seiner Wahl wurde er von Ernst Lieber in die wichtige Budgetkommission entsandt, da man in der Fraktion allseits nach einem Experten für die Steuerpolitik suchte. Dort arbeitete er mit Lieber und anderen älteren Zentrumspolitikern wie Alois Fritzen, Franz Xaver Schädler und Karl Friedrich Speck zusammen. Von seinem ersten Auftritt in der Budgetkommission rührt seine Charakterisierung durch Ernst Lieber her.

General von Falkenhausen, Abteilungsdirektor im preußischen Kriegsministerium, zeigte sich über Müllers Auftritt verwundert und



Richard Müller mit seiner Frau Mary-Anne geb. Sullivan (um 1886)

meinte zu Lieber: „Was haben Sie uns denn da für einen verhungerten Schulmeister in die Budgetkommission hineingebracht?“ Der Zentrumsführer hielt an seiner Personalentscheidung fest und eröffnete dem General Müller sei „der reichste Mann in der Budgetkommission. Aber Schulmeister, Schulmeister – da mögen Sie recht haben; er wird wohl der Schulmeister werden für die ganze Budgetkommission, und auch für Sie, Herr General.“¹⁰

Richard Müller entpuppte sich im Laufe der Kommissionsarbeit als einer der wenigen Parlamentarier, die den Fachbeamten aus der Reichsfinanzverwaltung gewachsen waren, wobei ihm seine kaufmännische Schulung und die unternehmerische Erfahrung behilflich waren. Richard Müller(-Fulda) – wie er nun in Absetzung von anderen Abgeordneten gleichen Namens genannt wurde – galt fortan als finanzpolitischer Experte des Zentrums. Die wichtigen steuer- und finanzpolitischen Kontroversen der Zeit zwischen 1894 und 1909 sind auf Zentrumsseite mit seinem Namen verbunden.

Seine parlamentarische Jungferrede hielt er in der 43. Sitzung des 1893 gewählten Reichstages am 21. Februar 1895 in der ersten Beratung zum Entwurf eines Tabaksteuergesetzes. Diese Steuer diente der Finanzierung der gegen die Zentrumsfraktion mit den Stimmen der Kartellparteien, der Polen und der Antisemiten angenommenen Caprivi'schen Militärvorlage von 1893, die einen Mehrbedarf von 60 Millionen Mark erbrachte.¹¹ Entgegen ursprünglich gemachter Zusagen sah die Deckungsvorlage der Reichsregierung von 1894 neue Steuern auf Tabak und Wein, daneben einen Stempel auf Quittungen und Frachtbriefe sowie eine höhere Börsen- und Lotteriesteuer vor. Der Reichstag bewilligte in der Session 1893/94 nur die Erhöhung der Börsen- und Lotteriesteuer, was wesentlich auf die stimmentscheidende Ausgabenskepsis des Zentrums zurückzuführen war.¹² Müller knüpfte in seiner Kritik der Deckungsvorschläge an das Versprechen der Regierung an,

„daß sie es versuchen wollten, die Lasten dieser [Militär-]Vorlage nicht auf die schwächeren Schultern abzuladen, sondern daß sie die dadurch entstehenden Kosten den leistungsfähigeren Schultern aufbürden wollten.“¹³

Die Finanzpolitik der Zentrumspartei verband sich in der Intervention Müllers mit den Versprechen, die er bei seiner Kandidatenkür 1893 in Fulda gegeben hatte, nämlich die Landbevölkerung nicht übermäßig mit Steuern zu belasten. Müllers Bestreben war es, die ins Auge gefaßte Tabaksteuer möglichst niedrig ausfallen zu lassen.

„Ich glaube doch nicht, daß wir eine so hohe Summe noch brauchen, obwohl ich zugeben muß, daß im Augenblick die Reichsfinanzlage keineswegs angenehm ist. Aber ich meine, gerade diese Verhältnisse sollten uns doch einigermaßen dazu anspornen, eine etwas größere Sparsamkeit walten zu lassen und nicht allen Forderungen, die uns in dem diesjährigen Etat wieder in ganz enormer, vielleicht noch nicht dagewesener Höhe präsentiert worden sind, einfach zuzustimmen,

sondern mit den vorhandenen Mitteln möglichst auszukommen zu versuchen. Was nutzt es uns denn, wenn wir jetzt so viel Steuern bewilligen, wenn sie nur dazu dienen sollen, uns zu neuen Ausgaben zu drängen? ... Jetzt ist es schon so, daß ein armer, sich kümmerlich durchschlagender Bauer weit mehr Steuern zu den Reichslasten beiträgt als irgendein Millionär.“¹⁴

Um der Ausgabefreudigkeit der Regierung einen parlamentarischen Riegel vorzuschieben, entwickelte Richard Müller mit anderen Kommissionsmitgliedern einen Plan, der die tendenziös nach unten geschätzten Einnahmen nach oben korrigierte und so die Notwendigkeit neuer Steuern abzuwenden versuchte.¹⁵ In seiner ersten Rede vor dem Reichstag trat eine der in Müllers weiterem Wirken wichtigsten Positionen bereits zutage: die Minimierung der Steuerlasten. Diese Forderung entsprang nicht nur persönlichen Überzeugungen eines an niedrigen Steuern interessierten Unternehmers, sie spiegelte die Lage des Zentrums, das als schichtenheterogene Partei in Steuerfragen immer sozialen Sprengstoff erblicken mußte, wenn sie nicht unabweisbar begründet werden konnten. Besonders die ländliche Zentrums Klientel reagierte in den Zeiten der Agrarkrise auf eine Erhöhung der Steuerlasten sehr sensibel.

Müllers Arbeit als Finanzpolitiker der Zentrumsfraktion zielte zum einen auf die Kürzung der Ausgaben, zum anderen aber auf die Vermeidung neuer Schulden bzw. die Abzahlung des angehäuften Schuldenberges. Da die Mehrausgaben des Reiches zu weiten Teilen publikumswirksam mit dem Militär- und Flottenrüstungsprogramm der Regierung verbunden waren, entwickelte sich Richard Müller bei den immer neuen Flottenvorlagen zu einem Flotten- und Militärexperten und drang hier auf Einsparungen, nötigenfalls sogar Streichungen. Doch schon am 1. März 1895 zeigte er sich kompromißbereit.

„Ich habe in der Beratung der II. Kommission gegen die Bewilligung eines der vier Kreuzer gestimmt, möchte mich aber jetzt für die Bewilligung sämtlicher 4 Schiffe aussprechen. Was mich dazu veranlaßt, ist der gelieferte Beweis der Notwendigkeit dieser Schiffe.“ Ausschlaggebend war für Müller dabei die „Notwendigkeit für den politischen Dienst, den Schutz unserer auswärtigen Missionen und des Ausfuhrhandels, andererseits aber auch – und das ist für mich der durchschlagende Grund – um die nötige Beschäftigung für unsere Werften zu gewinnen.“¹⁶

Dies geschah nur unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß an der generellen Regel festgehalten werde, die Summen für die Flottenbauten ab dem nächsten Jahr wieder in den ordentlichen Haushalt einzustellen, um so die weitere Verschuldung des Reiches einzudämmen. Aus den gleichen Gründen lehnte Richard Müller gleichen Tages die erste Rate eines Torpedobootes ab.¹⁷

Müller und andere Finanzpolitiker des Zentrums gingen 1896 unter Führung Ernst Liebers dazu über, die Haushaltssituation durch eine schuldenpolitische Offensive zu verbessern. Der Antrag Dr. Lieber, der unter maßgeblicher Mitwirkung Müllers am 12. März 1896 dem Reichstag unterbreitet

wurde, sah die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung vor. Müller selbst verteidigte diesen Antrag in einer von ihm verfaßten Broschüre, die 1896 im Verlag der Fuldaer Actiendruckerei unter dem Titel „Die Schulden des Deutschen Reiches und der Antrag Dr. Lieber“ erschien.¹⁸ Der in der Budgetkommission einstimmig angenommene Antrag wurde am 20. März 1896 vom Reichstag verabschiedet und am 16. April verkündet. In der zeitgenössischen Diskussion erhielt der Antrag den Namen Lex Lieber und stand für die Priorität der Schuldentilgung gegenüber weiterer Neuverschuldung. Diesem ersten Schuldentilgungsgesetz folgte am 25. März 1897 ein zweites mit der gleichen Intention. Insgesamt bestimmte die Zentrumslinie der Schuldenvermeidung und -tilgung die Finanzpolitik dieser Legislaturperiode.¹⁹ Dieser parlamentarischen Schuldentilgungsoffensive blieb indes ein durchschlagender Erfolg versagt. Die Schuldenentwicklung konnte dadurch nicht wesentlich gebremst werden. Die Notwendigkeit einer Gesamtregelung in Form einer Reichsfinanzreform wurde unabweisbar.

Die Schuldenituation hing eng zusammen mit der ausgabefreudigen Politik der Reichsführung im Marineetat. Der Haushaltspolitiker Richard Müller stand deshalb vor der Notwendigkeit, sich in erster Linie mit den Flottenplänen der Regierung und des Reichsmarineamtes auseinanderzusetzen, wollte er einer soliden Haushaltsführung parlamentarisch den Weg ebnen. Aber nicht nur die Deckung der Flottenvorlagen zwang Müller dazu, sich als bürgerlicher Unternehmer mit Finanzverwaltung in die Flottenpolitik einzuarbeiten. Mit der Verabschiedung bzw. Ablehnung der Flottenpläne standen erheblich höhere Risiken auf dem Spiel. Die zunehmende Unwilligkeit des Kaisers, mit dem Reichstag oder mit einem gänzlich reformierten seiner Entourage, ohne den Reichstag auf das Zögern des Reichstags in der Flottenpolitik und hier insbesondere auf die lange Zeit flottenskeptische Haltung des Zentrums zurück. Wollte das Zentrum den Staatsreichplänen des Kaisers und seiner Camarilla keinerlei Vorwand liefern, so durfte es mit seinem Drängen auf finanzielle Solidität nicht zugleich einen Vorwand für die Ultras in der Umgebung Wilhelms II. liefern, gänzlich außerkonstitutionell zu regieren.²⁰

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung 1897/98.²¹ Die im Etat für 1897 ausgewiesenen Marineausgaben wurden in einer von Admiral Hollmann im März 1897 veröffentlichten Schrift im Sinne einer längerfristigen Flottenplanung präzisiert. Hatte sich die Diskussion ursprünglich um die Etatansätze der Flotte gedreht, so standen schon bald die längerfristigen Marineplänen im Mittelpunkt, die beträchtliche Mehrforderungen nach sich zogen. Über die aktuellen Forderungen für 1897/98 hinaus stand das jährliche Etatbewilligungsrecht des Reichstages für 1897/98 hinaus stand das jährliche Etatbewilligungsrecht des Reichstages zur Debatte, das durch die Marineplänen gefährdet war.²²

Schon früher hatte der Kaiser durchblicken lassen, daß eine Ablehnung der Marinevorlage ihn zu scharfen Eingriffen in die parlamentarischen Zuständigkeiten veranlassen würde. Trotz dieser Warnungen, die von freikonservativer und nationalliberaler Seite dem Zentrumsführer Ernst Lieber übermittel-

wurden, hielt dieser an seiner skeptischen Haltung zu den Mehrforderungen der Marine fest.²³ Richard Müller wurde als Vertrauter Ernst Liebers einer der Verhandlungsführer des Zentrums in der Frage der Marine- und Panzerkreuzer-Vorlage, als diese im März 1897 in der Budgetkommission behandelt wurde. Die Verhandlungslinie des Zentrums lief darauf hinaus, nur das zu finanzieren, was als finanziell tragbar erschien, das hieß: Zustimmung zum Bau eines neuen Panzerschiffes, Ablehnung zweier neuer Panzerkreuzer.²⁴ In der Sitzung vom 13. März 1897 wurden 12 Millionen Mark aus der Vorlage gestrichen. Am 20. März 1897 gab das Zentrum in der Schlußabstimmung den Ausschlag. Zwar wurde eine ganze Reihe der Marineforderungen bewilligt, darunter das neue Panzerschiff „Ersatz König Wilhelm“, andere Projekte verfielen dagegen der Ablehnung, unter ihnen die neuen Panzerkreuzer.²⁵

Im Herbst 1897 kam es zu einer erneuten Flottenvorlage, diesmal dem Parlament vom neuen Marinechef Admiral Tirpitz zur Bewilligung unterbreitet.²⁶ Die Reichstagsfraktion des Zentrums steuerte hier unter der Drohung des Staatsreichplanes, den die Umgebung des Kaisers immer weiter forcierte, einen vermittelnden Kurs zwischen Reichsführung und eigener Basis. Um die Eratrechte des Reichstages in der konstitutionellen Monarchie nicht zu gefährden, wägen es Lieber und andere Zentrumspolitiker nicht, die Vorlage rundheraus abzulehnen. Sie nahmen Kürzungen vor, beharrten auf ihren Rechten und fingen so den Unmut ihrer Wählerbasis ab. Das Zentrum änderte das von Tirpitz geforderte Septennat für die Marineausgaben – d. h. eine Festlegung des Reichstages in den Marineausgaben auf sieben Jahre – in ein Sexennat und erreichte, daß jährliche Marineausgaben, die über 17 Milliarden Mark hinausgingen, über Matrikularbeiträge durch die Bundesstaaten zu finanzieren waren. Außerdem nötigte das Zentrum den Bundesstaaten das Versprechen ab, daß diese Mehrbelastungen von den „stärkeren Steuerkräften“, sprich: den Besserverdienenden getragen werden sollten.²⁷ Unter diesen veränderten Bedingungen stimmte das Zentrum der Marinevorlage zu. Als einziger Zentrumsabgeordneter lehnte es Richard Müller ab, der Flottenvorlage in der geänderten Version zuzustimmen, indem er der Abstimmung zum Ende der ersten Lesung am 17. März 1898 fernblieb.²⁸

Die Marinevorlage und die gleichzeitig verhandelte Vereinsgesetznovelle gegen „staatsgefährliche Vereinigungen“ von 1898 stellten den Höhepunkt des Konfliktes zwischen Reichstag und Krone dar, in dem letztere immer wieder mit Staatsreichplänen liebäugelte. Der Zentrumsführer Ernst Lieber versuchte in dieser Lage einen ausgleichenden Kurs zwischen den Marineforderungen der Reichsführung und der eigenen oppositionsungeigten Basis zu steuern, was für einen differenzierten Kurs und gegen eine gänzliche Ablehnung sprach.²⁹ Mit der Zustimmung zum Flottengesetz vom 10. April 1898 konnte das Zentrum nach Liebers Ansicht seine „nationale Zuverlässigkeit“ beweisen. Im Ergebnis rückte das Zentrum durch seine zustimmende Haltung zur Marinepolitik in eine ausschlaggebende parlamentarische Rolle ein und wurde, wenn schon nicht „Regierungspartei“ so doch „regierende Partei“ (Ernst Lieber). Von dieser kompromißwilligen Haltung Liebers unterschied sich indessen die Position des Haushaltsexperten Richard Müller deutlich.

Ähnlich den Experten aus der Sozialdemokratie³⁰ und der Freisinnigen Volkspartei³¹ faßte Richard Müller seine Position zur zweiten Flottenvorlage in einer Broschüre zusammen. Er veröffentlichte seine Kritik der Tirpitzschen Vorlage noch während deren parlamentarischer Beratung am 17. Januar 1898 als persönliches politisches Manifest im Heft 3 der Reihe „Soziale und politische Zeitfragen“. Herausgegeben von Mitgliedern der Centrumsfraktion des Reichstages³² unter dem Titel „Kann die Marinevorlage vom Reichstag angenommen werden? Ein Beitrag zur Kritik des Flottengesetzentwurfes.“³³ Darin äußerte Müller sich skeptisch bis ablehnend zur Notwendigkeit einer vermehrten Flottenrüstung. Die der Regierung nahestehende, „Tägliche Rundschau“ interpretierte ihn so,

„daß der biedere Leser am Schlusse der Schrift mit dem allgemeinen Eindruck entlassen wird: Die Flottenvermehrung ist eine höchstbedenkliche und fragwürdige Sache, der das brave Zentrum in seinem großen Patriotismus gewiß die sorgfältigste Erwägung schenken wird, die es aber doch wahrscheinlich wird ablehnen müssen, wenigstens in der von der Regierung verlangten Form des Flottengesetzes.“³³

Die „Märkische Volkszeitung“ fand indessen das von Müller vorgelegte Material so überzeugend, „daß jeder vorurteilsfreie Leser nicht nur gegen das Septennat, sondern gegen die Bewilligung überhaupt eingenommen würde.“³⁴ Müller überzeugte seine Fraktion nicht. Dort überzog die kompromißgeigte Haltung. Man strich die Broschüre aus der offiziellen Schriftreihe der Fraktion und erklärte sie zur Privatarbeit.³⁵ Diese veränderte Haltung der Reichstagsfraktion wurde der Presse mitgeteilt. Während auf Regierungsseite Müllers Schrift nach wie vor als eine „Musterleistung ultramontaner Getriebeheit“³⁶ aufgefaßt wurde, spiegelte sich in den Zentrumsblättern das Schwanken zwischen „nationaler Zuverlässigkeit“ und dem Oppositionsgeist. Die „Germania“ etwa meinte, daß sich Müller nirgends direkt gegen eine Flottenvermehrung ausspreche, sondern lediglich die Beibehaltung der Etatrechte des Parlamentes anmahne.³⁷

Richard Müller diskutierte in seiner Broschüre nach einer ausführlichen Darlegung des Zahlenmaterials zu den Flottenausgaben die wesentlichen Gründe für die Flottenrüstung. Dem lag eine Auswertung der Flottendoktrinen von 1873 und 1897 zugrunde. 1873 hatte die deutsche Marine noch folgende drei Aufgaben: 1. Schutz und Vertretung des Seehandels auf allen Meeren. 2. Verteidigung der vaterländischen Küsten. 3. Entwicklung eines eigenen Offensivvermögens.³⁸ Die Flottenvorlage von 1897 forderte darüber hinaus „4. den Schutz der Colonien“.

Hatte Richard Müller am 1. März 1895 noch den Marineforderungen zugestimmt, verneinte er nun die 1873 angeführten Gründe für eine verstärkte Flottenrüstung. Müllers Argumentation variierte zwei Argumente gegen die verstärkte Flottenrüstung: Zum einen bezweifelte er den Zusammenhang zwischen Flottenrüstung und Handelspolitik, zum anderen veranschlagte er die Bedeutung des Landheeres für die Landesverteidigung wesentlich höher als seine politischen Gegner.

Seine Erfahrungen als exportorientierter Textilunternehmer warnten Müller vor der Indienstrategie militärischer Mittel zur Absicherung der Handelsbeziehungen. „Daß das Aufblühen des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels von der Seite der deutschen Marine unabhängig ist, dürften die letzten Jahre bewiesen haben.“³⁹ Eben diese handelspolitischen Erwägungen führte er in seiner Reichstagsrede vom 18. März 1897 an. Er meinte,

daß „der deutsche Ausfuhrhandel am besten dort blüht, wo keine deutschen Kriegsschiffe stationiert sind... Lange Jahre haben wir ein sehr solides, schönes Ausfuhrgeschäft gemacht, welches immer mit den Fortschritten der deutschen Industrie in stetiger Entwicklung Schritt hielt, ohne das Eingreifen unserer Kreuzer. Eine absolute Notwendigkeit des inneren Zusammenhanges zwischen Kreuzern und unserem Handel kann ich deshalb nicht finden.“⁴⁰

Müller veranschlagte die politische Bedeutung der Ausfuhr in den unmittelbaren Nachbarstaaten erheblich höher als den Überseehandel, der für die Flottenfreunde wichtiger war. Dieses Argument traf auf die schon in der Denkschrift von 1873 genannte Entwicklung eines eigenen Offensivvermögens zu. Müller verhielt sich diesem Argument gegenüber skeptisch mit dem Hinweis auf den Verlauf des deutsch-französischen Krieges von 1870/71.⁴¹ Der Schutz deutscher Staatsangehöriger im Ausland schien ihm nicht zwingend eine stärkere Flotte zu erfordern. Müller verwies auf eine Stellungnahme des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen, Freiherr von Marschall. Von Marschall hatte betont, daß nicht jedes Interesse, das ein Deutscher im Ausland sich schafft, darum schon ein deutsches Interesse ist.⁴² Müller insistierte auf der Eigendynamik der handelspolitischen Interessen, der die Flottenrüstung hinderlich sein konnte.⁴³

Müllers Skepsis gegenüber der Flottenvorlage war nicht nur durch seine haushaltspolitischen Positionen motiviert. Er favorisierte vielmehr in Übereinstimmung mit vielen anderen Politikern das Landheer zum Schutz des eigenen Territoriums gegenüber der Flotte. Am 18. März 1897 führte er hierzu im Reichstag aus:

„Wir wollen aber unsere finanziellen Kräfte nicht gänzlich absorbieren schon in Friedenszeiten für die Erweiterung der Marine auf einer ungemessenen Basis. Wir wollen unsere Kraft zusammennehmen, damit wir das Reichsheer, die Grundlage der Größe und Macht unseres Vaterlandes, zugleich auch die einzig sichere Grundlage der Verteidigung desselben, auf angemessener Stufe erhalten können. Wir wollen in dieser Weise unserem Vaterlande dienen nicht weniger als diejenigen, die der Flotte zuneigen.“⁴⁴

Die politische Brisanz der Ausführungen Müllers vom 18. März 1897 ergab sich aus den umlaufenden Staatsstreichgerüchten im Umfeld dieser entscheidenden Reichstagsitzung. Der Zentrumspolitiker Graf von Hertling notierte am gleichen Tage, die unglaublichesten Gerüchte hielten sich und würden trotz aller Unglaublichkeit ernsthaft weitererzählt. Danach wollte der Kaiser

mit der sofortigen Entlassung von Hohenlohe, Marschall, Posadowsky und Hollmann einen strikten Konfrontationskurs fahren, falls der Reichstag an den Kürzungsvorschlägen der Budgetkommission festhalten oder die Vorlage gar ablehnen sollte. Sogar eine Reichstagsauflösung stand zu erwarten. Zusammengefaßt wurde diese Absicht in einem vom Abgeordneten Freiherr von Stumm verbräteten Diktum des Kaisers: „Wenn mir der Reichstag meine Schiffe nicht bewilligt, gibt es einen Kladderatsch, wie er noch nicht da war.“⁴⁵ Die Stellungnahmen Müllers in Schrift und Wort mußten daher die Ultras bei Hofe auf das äußerste reizen und ihre Erbitterung über das Zentrum steigern. Die Diskussion würde – das war das einzig Gewisse – trotz der differenzierten Beschlüsse vom März 1897 weitergehen.⁴⁶

Staatsreihplanungen und Marinepläne standen im Hintergrund der Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf 1898. Richard Müller sah unmittelbar nach den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Tirpitzsche Flottenvorlage die Gefahr, daß das Sammlungskartell aus Schwerindustrie und Landwirtschaft, das vom preußischen Finanzminister und Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Johannes von Miquel mit Macht favorisiert wurde, die Mehrheit gewinnen könnte. Dadurch würde nicht nur das Zentrum aus seiner entscheidenden Position verdrängt, wie es kurzzeitig schon einmal in dem 1887 über die Septennatsfrage zustande gekommenen Kartellreichstag der Fall gewesen war. Es stand auch zu erwarten, daß der Widerstand des Reichstages gegen die Flottenpläne der Reichsregierung dann zurückgehen würde und das Etairecht des Reichstages genauso sein Ende finden würde wie der Widerstand des Parlaments gegen restriktive Änderungen des Wahlrechtes. Müller und sein Parlamentarierkollege Carl Bachem entfachten aus diesem Grund eine Kampagne in der katholischen Presse gegen die Staatsreihplanungen, gegen Miquel und die möglichen Wahlrechtsänderungen, worauf die regierungsfreundliche Presse empfindlich reagierte.⁴⁷ Müller mahnte am 14. Mai 1898 Bachem gegenüber Schritte an, um ein Sammlungskartell zu verhindern:

„Wenn dem Miquel'schen ‚Sammlungskartell‘ nicht eine Verständigung mit den Freisinnigen unsererseits entgegengesetzt wird, bekommen wir diesmal sicher einen Kartellreichstag.“⁴⁸

Müller und Bachem führten Gespräche um Stichwahlabkommen mit dem Freisinn im Rheinland, in Westfalen, „thunlichst auch in Schlesien“. Müller engagierte sich in Hessen. Deutliche Unterschiede zwischen beiden Politikern traten jedoch in der Frage auf, wie man sich zur Sozialdemokratie verhalten sollte. Müller ging in seinem Kampf gegen einen Kartellreichstag so weit, eine Zusammenarbeit mit der SPD zu fordern.

„Es liegt hier wirklich eine große Gefahr vor und wird schließlich nur übrig bleiben, daß wir vor den Stichwahlen auffordern, daß unsere Leute vollzählig für die Sozialdemokraten eintreten.“⁴⁹

Bachem war entsetzt. Wenn es auch vom parteitaktischen Standpunkt aus gesehen verständlich sei, so lehnte Bachem dieses politische Ansinnen Müllers

dennoch strikt ab mit dem Hinweis auf die demoralisierende Wirkung eines solchen Schrittes auf die katholischen Arbeiterorganisationen. Ein Aufruf, wie ihn Müller vorschlug, würde nach der Ansicht Bachems von der Geistlichkeit überhaupt nicht verstanden werden, und Rom würde daran Anstoß nehmen. Bachem bat Müller auf das dringendste, von diesem Gedanken abzulassen.⁵⁰ Auf Müller machten diese Einwände nur geringen Eindruck:

„Die Soci erscheinen mir gegenüber unseren geschworenen cons. Feinden doch als das kleinere Übel, letztere halte ich auch für staatsgefährlicher. Übrigens kann man auch einwirken, ohne direkt für erstere aufzufordern. Ich strebe nicht nach einem Mandat, sondern will nur verhindern, daß in den betreffenden Kreisen ein ‚Kartell-Volksfeind‘ durchdringt, nicht die Soci haben den Kulturkampf gemacht, sondern dieselben Leute, die das heutige Kartell bilden.“⁵¹

Über dieses Bekenntnis Müllers war Bachem noch mehr aufgebracht als über das erste vorsichtige Ansinnen ein paar Tage zuvor. Er setzte sich entschieden dafür ein, unter keinen Umständen, auch nicht um den Kartellreichstag zu verhindern, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Hierdurch würde die Haltung der Zentrumsparlei in der Vergangenheit ungläubwürdig gemacht, als man sich immer konsequent von der SPD distanzieren habe und selbst in Stichwahlen zwischen diesen und den Nationalliberalen sogar zu Kulturkampftagen immer „strikteste Neutralität“ gewahrt habe. „Aber selbst um einen Kartellreichstag zu verhindern, halte ich es für absolut unzulässig, bei Stichwahlen für die Soc. dem. zu stimmen.“⁵²

Müller stellte daraufhin sein Ansinnen zurück, ohne in der Sache zurückzustecken, und widmete sich dem Wahlkampf.⁵³ Müllers Haß gegen einen konservativ-nationalliberal dominierten Kartell- oder Sammlungreichstag ohne Haushaltsdisziplin war für ihn Motivation genug, um erneut ein Reichstagsmandat anzustreben, was er zuerst in Zweifel gezogen hatte.⁵⁴ Ernst Lieber befahl ihm, im Wahlkreis Höchst-Homburg-Usingen anzutreten, der noch 1893 von dem Sozialdemokraten Friedrich Brühne gewonnen worden war.⁵⁵ In Fulda stellte man hingegen den westfälischen Zentrumspolitiker und Agrarier Herold auf.

„Herold wird m. Erachtens dem Centrum nützlich sein, da er gemäßigter Agrarier ist; die Fuldaer Bauern wollten nicht recht anbeißen, sie wollten lieber einen ‚Kaufmann aus der Stadt‘ als einen Landwirt aus Westfalen.“⁵⁶

Der Fuldaer Landrat Kurt Steffens bestätigte in seinem Bericht an die Regierung in Kassel vom 31. Mai 1898, daß wegen der Kandidatur Herolds „in katholischen Kreisen etwas Mißstimmung herrscht“. Für den Abgeordnetenwechsel im Fuldaer Wahlkreis glaubte er taktische Gründe erkennen zu können. Müllers offizielle Begründung aus „persönlichen Verhältnissen und Gesundheitsrückichten“ erschien ihm wenig glaubwürdig. „Da er aber schließlich in mehreren anderen Wahlkreisen kandidiert, so ist es offenbar, daß er es darauf abgesehen hat, dem Centrum einen neuen Wahlkreis zu er-

obern.“ Der Landrat kam in seinem Generalbericht auf die politischen Schwerpunkte des Zentrumswahlkampfes zu sprechen. Das Fuldaer Zentrum und die Fuldaer Zeitung hatten vor den Staatsstreichplanungen und der Änderung des allgemeinen und freien Wahlrechtes gewarnt.

„Die Fuldaer Zeitung benutzt die Ausstreuungen des Müller, daß die Regierung beabsichtige, das Wahlrecht zu ändern, als Wahlparole. Die im Reichsanzeiger erfolgten Widerlegungen dieser Ausstreuung werden mit Verdrehungen der Wahrheit und sophistischen Wortklaubereien beantwortet.“⁵⁷

Richard Müller hatte auf der Wahlversammlung der Fuldaer Zentrumspartei am 20. Mai 1898 vor den Folgen der Miquelschen Sammlungspolitik gewarnt. Diese Politik sei im Kern gegen das Zentrum gerichtet, „und wenn das gelinge, dann sei es mit uns für alle Zeiten vorbei“. Müller versicherte seinen Zuhörern positiv, daß ein anderes Wahlrecht für den Reichstag einzuführen geplant sei. Müller verband seinen Widerstand gegen die Staatsstreichplanungen mit der Verteidigung der Rechte des katholischen Volksteiles.

„Gerade wir Katholiken hätten alle Ursache, auf der Wacht zu sein. Nicht bloß das Wahlrecht stehe in Gefahr, sondern auch das Vereins- und Versammlungsrecht und das Freizügigkeitgesetz. Ebenso würde der Kulturkampf wieder neu entfacht werden, wenn die Politik der Sammlung, eine Neuaufgabe des alten Kartells, ans Ruder käme.“⁵⁸

Seinen Kandidatenwechsel in die Nachbarwahlkreise begründete Müller mit der Absicht, dort angesichts knapper Mehrheitsverhältnisse gegen die Sammlungspolitiker kämpfen zu wollen. Insbesondere zwei Wahlkreise böten ihm gute Aussichten: in Marburg-Kirchhain-Frankenberghoffe er in die Stichwahl zu kommen und den an die SPD verlorengegangenen Wahlkreis Höchst-Usingen-Homburg wolle er dem Zentrum zurückgewinnen. Daneben kandidierte er als Zugpferd des Zentrums in fünf anderen Kreisen, um das Vordringen des konservativ-agrarischen Bundes der Landwirte (BdL) zu erschweren.⁵⁹

Müllers Hoffnungen erfüllten sich. Am 16. Juni 1898 blieb er im ersten Wahlgang im Höchster Wahlkreis mit 29,0 % zwar noch deutlich hinter dem Sozialdemokraten Friedrich Brühne zurück. In der Stichwahl eroberte er das Mandat indessen mit 54,3 %.⁶⁰ Müllers Wiedereinzug in den Reichstag verdankte er nicht den Wahlabsprachen mit dem Freisinn, mit dem er die Wahlkreise Marburg und Hanau miteinander verkoppelt hatte.⁶¹ Dessen Unterstützung für seine Marburger Kandidatur brachte ihn angesichts des übermächtigen Antisemiten Otto Boeckel noch nicht einmal in die Stichwahl. Umgekehrt verhalf die im Gegensatz vereinbarte Unterstützung des Zentrums für den linksliberalen Kandidaten August Leonhardt diesem gegen den Sozialdemokraten Gustav Hoch nicht zum Sieg. In Höchst-Usingen erklärte sich zudem der Stimmenzuwachs der SPD im zweiten Wahlgang vor allem durch freisinnige Stimmen, obwohl Müller auf deren Unterstützung gerech-

net hatte.⁶² Müller wurde im zweiten Wahlgang gewählt, weil ihn die nationalliberale Klientel gegen den Sozialdemokraten unterstützte.⁶³

2. Flottengesetz und Zolltarife: Die Legislaturperiode 1898–1903

Schwerpunkte der politisch-parlamentarischen Arbeit Müllers in der zehnten Legislaturperiode des Reichstages von 1898 bis 1903 bildeten wiederum Flotten- und Ertavorlagen.⁶⁴ Bevor noch das erste Flottengesetz von 1898 umgesetzt war, leitete Admiral Tirpitz dem Reichstag eine neue, noch umfangreichere Vorlage zu. Die Debatte um das zweite Flottengesetz entwickelte sich zu einer scharfen Kraftprobe zwischen den Marinefachleuten des Parlamentes und dem Reichsmarineamt. Das Zentrum versuchte für die allgemeinpolitisch für unvermeidlich gehaltene Zustimmung im Gegenzug eine Aufhebung des Jesuitengesetzes zu erreichen. Lieber war inzwischen erkrankt, seine Nachfolge in der Fraktion übernahm Adolf Gröber, in der Budgetkommission der Abgeordnete Alois Fritzen. Beide führten das Zentrum zu einer Zustimmung unter Vorbehalt. Richard Müllers Position unterschied sich hiervon. Er „war und blieb ansich ein entschiedener Gegner der Flottenvermehrung. Als er aber sah, daß sie trotz seiner Ablehnung zustande kommen würde, arbeitete er nach seiner Art eifrig mit, um die finanzielle und verfassungsrechtliche Seite möglichst zugunsten des Volkes und der Volksvertretung zu gestalten.“⁶⁵ Müllers Einfluß auf die Flottenvorlage betraf daher in erster Linie die Deckungsseite. Müllers politisches Ziel war es, zur Finanzierung der Flottenvorlage ohne neue Steuern auszukommen, so wie es der Reichstag schon 1898 bei der letzten Vorlage beschlossen hatte. Die Höhe der Deckungssumme ließ ein solches Vorhaben jedoch von vornherein unrealistisch erscheinen. Die zu erwartenden Steuererhöhungen sollten nach Müllers Ansicht vor allem durch direkte Steuern von den Besserverdienenden aufgebracht werden, weniger dagegen durch allgemeine indirekte Steuern von der breiten Volksmasse.

Die parlamentarische Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission begann am 27. März 1900 mit dem Vorschlag Müllers, die Beratung in vier Hauptabschnitten stattfinden zu lassen: „Notwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung, Kosten und Beschaffung der Mittel, gesetzliche Festlegung der Vermehrung, Durchführung der Vermehrung.“⁶⁶ Der Umfang einer neuerlichen Flottenrüstung wurde von Zentrumsseite anders beurteilt als in der Reichsmarineleitung. Durch Richard Müller beantragte die Fraktionsführung die Streichung von sechs Auslandskreuzern aus dem Neubauprogramm, deren Bau ohnehin erst im Jahre 1906 beginnen sollte. Ursprünglich war Müller darauf aus gewesen, ein ganzes Linienschiffgeschwader zu streichen, was Tirpitz jedoch durch sein Festhalten am System der Doppelschwader verhinderte.⁶⁷

Zur Finanzierung wollte man im Zentrum auf eine Erhöhung der Stempelabgaben auf Wertpapiere und Lotterielose, die Einführung eines Stempels auf Kuxe, Schiffskonnossemente und Seefahrkarten sowie auf eine Reihe von erhöhten Luxussteuern und in geringerem Umfang den Massenverbrauch nicht belastende Reichssteuern zurückgreifen. Zu Beginn der Budgetberatun-

gen am 27. März legte Richard Müller der Regierung einen Fragenkatalog von 14 Fragen vor, die Aufschluß über die vier Fragenkomplexe geben sollten. Die heikelsten Fragen fanden sich zum Schluß:

„Frage 13: In welcher Weise gedenken die verbündeten Regierungen den Nachteilen zu begegnen, welche aus der Verstärkung der Flotte für die Landwirtschaft zu befürchten sind?

Frage 14: Sind die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der Landwirtschaft:

1. eine Maximalpräsenziffer, für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke auszubewendenden Mannschaften auf ein erträgliches Maß beschränkt?
2. für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen einzutreten.“⁶⁸

Müller sah in der Flottenfrage den Gegensatz von Landwirtschaft und Industriegesellschaft wirksam. Die enorme Flottenrüstung fand neben ihren militärischen Liebhabern vor allem die Unterstützung der Industrie und hier vor allem der Schwer- und Stahlindustrie, die teilweise sogar im Handel mit Schiffspanzerplatten Preiskartelle gebildet hatte. Der Flottenbau verstärkte den Trend zum Industriestaat auf Kosten der Landwirtschaft. Müller meinte am 27. März 1900 mit Rücksicht auf seine ländliche Wählerklientel in Fulda-Gersfeld-Schlüchtern in der Budgetkommission, „man solle die Landwirtschaft nicht beunruhigen, man solle nicht in den reinen Industriestaat hineintreiben, nicht nur auf Handel und Industrie Rücksicht nehmen“ und „durch die Vergrößerung der Flotte die deutschen Landwirte bestrafen“.⁶⁹ Die Betonung landwirtschaftlicher Interessen durch den Industriellen Richard Müller näherte ihn faktisch – trotz seiner großen Vorbehalte – den Konservativen und deren rein interessenpolitischen Bedenken gegen eine Flottenvermehrung an. Die Konservativen hatten vor allem an ihrer Basis große Zweifel an einer weiteren Flottenrüstung. Ihr Motto lautete: „Keine Zölle, keine Flotte.“⁷⁰ Müller wollte durch die Schutzzollforderung die finanziellen Lasten der Flottenvorlage von der Landbevölkerung fernhalten und deren Absatzinteressen sichern.⁷¹ Um die Schutzzollforderung für die Landwirtschaft wirkungsvoll vertreten zu können, brachte Müller einen neuen Antrag ein, der zwischen Schlachtflotte und den Auslandsschiffen, die vor allem einem aggressiven Flottenkalkül entgegenkamen, unterschied.

Die Schutzzollforderung wurde in der Tat von der Regierung aufgegriffen, die einer Verknüpfung von Zoll- und Flottenvorlage zustimmte. Sie gab ihre Absicht zu erkennen, diese Forderung bei der Aushandlung der anstehenden Handelsverträge zu berücksichtigen. Eine bindende Erklärung, wie sie die Abgeordneten Müller(-Fulda), Klinckowstroem, Stolberg und Arnim verlangten, verweigerte die Reichsführung dagegen. Müller kritisierte an der Antwort der Regierung, daß über die Leutenot infolge der Aufstockung der Mannschaftsbestände in Heer und Flotte nichts gesagt wurde.⁷² Die Beratungen ergaben keine wesentliche Modifizierung der Zentrumsvorschl

auf eine Verknüpfung von Zoll- und Flottenvorlage hinausliefern. Beide Anträge, die Streichungen im Neubauprogramm und die Finanzierungsvorschläge, wurden von der Budgetkommission angenommen. Das Zentrum stimmte samt seinen bayrischen Abgeordneten geschlossen für den Antrag Müller-Fulda.⁷³ Am 12. Juni 1900 wurde das zweite Flottengesetz mit 201 gegen 103 Stimmen im Reichstag angenommen. Müller mußte sich wegen seiner modifizierenden, im Ergebnis jedoch zustimmenden Haltung zur Flottenvorlage Vorhaltungen des SPD-Vorsitzenden August Bebel im Reichstag gefallen lassen:

„Der Abgeordnete Müller (Fulda) hat überhaupt in der Flottenvorlage seit drei Jahren so wunderbare Wendungen durchgemacht, daß ich nicht mehr weiß, wo ich ihn noch ernst nehmen soll und wo nicht.“⁷⁴

Müllers Position als Flottengegner war tatsächlich schwieriger geworden, seit er sich zwei Jahre zuvor durch seine Broschüre und sein Stimmenthalten deutlich gegen eine Flottenvermehrung ausgesprochen hatte. Hatte er 1898 in der Schlußabstimmung noch allein gegen die Flottenrüstung gestanden, so reichte er sich nun ein unter die nurmehr modifizierenden Kritiker, die vor allem auf die Finanzierung, weniger dagegen auf den Umfang der Flottenrüstung Einfluß nahmen. Zu seiner Verteidigung gegen Bebels Kritik mußte er auf die Haltung der französischen Sozialisten zurückgreifen, die auf eine umfangreiche Flottenrüstung drängten. Müllers Bekenntnis zur Flotte kann vor dem Hintergrund seiner scharfen Kritik von 1898 nur salvatorisch und ausweichend genannt werden:

„Wir bewilligen die Schiffe doch nicht etwa für verbündete Regierungen, wir bewilligen die Vermehrung der Schlachtflotte lediglich zur Stärkung der nationalen Wehrkraft, wir bewilligen sie für uns selbst, für das deutsche Volk und zum Schutz des Deutschen Reichs.“⁷⁵

Müllers unterschiedliches Abstimmungsverhalten zu den Flottenvorlagen von 1898 und 1900 gab Anlaß zur Kritik. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Singer hielt 1903 Müller den Widerspruch zwischen seiner scharfen Kritik am Flottengesetz von 1898 und seinem Abstimmungsverhalten von 1900 entgegen. Müller verteidigte sich mit dem Hinweis,

„daß ich gegen das Flottengesetz von 1898 gestimmt habe, und zwar aus demselben Grunde, der auch in der Broschüre enthalten ist, nämlich weil ich der Ansicht war, daß dadurch eine Bindung des Etatrechtes des Reichstags eintreten würde. Im Jahr 1900 ist es nun gelungen, – und ich darf das meiner Initiative zuschreiben –, diese Bindung des Etatrechtes aus dem Flottengesetz herauszubringen, und deshalb habe ich im Jahre 1900 für das Flottengesetz gestimmt.“⁷⁶

Bezeichnend für Müllers Haltung gegenüber der Tirpitzschen Flottenpolitik ist eine Begebenheit, die sich während der Beratungen der Budgetkommission zum zweiten Flottengesetz ereignete. Während der überaus langen Einbringungsrede von Tirpitz in der Kommission verhartete Müller „in seiner

gewohnten Unbeweglichkeit und startete dabei unverwandt nach oben. Sein Nebenmann fragte ihn: „Nun, Müller, was ist denn da los, daß Sie immer so gegen die Decke schauen? Zählen Sie dort die Fliegen?“ Müller antwortete: „Nee, das nicht. Aber gleich biegen sich wieder die Balken, und das möchte ich gern einmal mit ansehen.“⁷⁷ Diese Episode steigerte sich zu einem geflügelten Wort.⁷⁸ Tirpitz revanchierte sich hierfür, indem er Müller(-Fulda) in seinen Erinnerungen als eine „etwas ‚erratische‘ Persönlichkeit, die später wenig hervortrat und auch damals meist hinter den Kulissen gewirkt hat“, charakterisierte. Müller(-Fulda) schrieb Tirpitz in wohlberechneter Kränkungsabsicht den Umstand zu, daß sich der Reichstag selbst unter Zustimmungszwang bei den folgenden Marineetats gesetzt habe.

„Durch die Lex imperfecta, die das zweite Flottengesetz mit seiner materiellen Bindung, aber finanziellen Offenlassung, darstellte, begab sich der Reichstag tatsächlich der Möglichkeit, das Geld für die sich vergrößernden und vertuernden Typen zu verweigern, wenn er sich nicht den Vorwurf zuziehen wollte, minderwertige Schiffe zu bauen.“⁷⁹

Die nachdrückliche Skepsis, aber auch die Ambivalenz Müllers gegenüber Tirpitz' Flottenplänen zeigte sich einmal mehr 1902, als aus dem Reichsmarineamt neue Flottenpläne bekannt wurden. Der SPD-Vorsitzende August Bebel meinte daraufhin, daß die Budgetkommission des Reichstages von der Marineführung und hier von Admiral Tirpitz getauscht worden sei. Der indirekt angesprochene Müller widersprach dem entschieden und betonte die Souveränität des Parlamentsausschusses in Flottenfragen. Dessen gründliche Arbeit habe die Kosten der Flottenvorgaben nach oben korrigiert und dadurch eine realistische Zukunftsplanung ermöglicht. In keiner Weise sei der Reichstag daher von der Marineleitung getauscht worden. Aber gerade wegen dieser finanziell soliden Arbeit der Budgetkommission, die ihre Angaben nicht im nachhinein nach oben zu korrigieren brauche, verbat er sich schon zwei Jahre nach dem letzten Flottengesetz neue Forderungen durch Tirpitz für das Jahr 1905. Als Leitgedanken der Marinepolitik trat in den Äußerungen Müllers daher neben der begründeten Skepsis gegenüber den politischen Zielen dieser Politik das Drängen auf finanzielle Solidität hervor.⁸⁰

Ein wichtiges politisches Argument Richard Müllers gegen die Flottenvorgaben war deren Finanzierung und die dadurch entstehende höhere Steuerbelastung für die deutsche Landwirtschaft. Müller hatte maßgeblich am Zustandekommen der Verbindung zwischen Militär- und Zollvorlage im Frühjahr 1900 mitgewirkt, die die finanziellen Belastungen von der Landwirtschaft abwenden sollte. Müllers Politik in der Zollfrage muß daher in unmittelbarem Zusammenhang mit der Flottenvermehrung gesehen werden, weil deren Deckung durch Luxussteuern und erhöhten Schutzzoll die wirtschaftlichen Interessen der Schwerindustrie und der exportorientierten Industrie berührte. Schon 1894 war Müller einer der Unterzeichner eines Initiativtrages, der auf ausländischen Tabak einen Zuschlagzoll vorsah.⁸¹ Der Vorschlag wurde zwar von der Reichsregierung wegen angeblicher Undurchführ-

barkeit abgelehnt, beleuchtete jedoch Müllers Rolle im Rahmen der parlamentarischen Bemühungen um verstärkte Zölle. Bei den Kommissionsberatungen zur Zollvorlage im Juni 1900 stimmte Müller mit anderen Zentrumsparlamentariern einer Änderung des Zolltarifes zu, der die Deckung der umfangreichen Marinevorhaben sicherstellen sollte.⁸² Müller wollte zwar verhindern, daß die Deckung der Flottenvorlage über Steuern ginge, die die Landwirtschaft zu bezahlen hatte, und favorisierte daher höhere Zölle. Umgekehrt war er jedoch kein ausschließlicher Schutzzollvertreter, wie er schon in seiner Kandidatenrede 1893 betont hatte. Als die Bülowischen Zolltarife daher im November 1901 zur Abstimmung standen, machte sich Müller gemeinsam mit Carl Bachem zum Fürsprecher einer Kombination von Zolltarif und Witwen- und Waisen-Versicherung als *conditio sine qua non* für die Zustimmung zum Zolltarif. Bachem insistierte namens der anderen „Vertreter großstädtischer und industrieller Kreise“ wie Carl Trimborn, Adolf Gröber, Franz Hitze, Peter Spahn, Alois Fritzen und Richard Müller auf einer solchen „vernünftigen Mittellinie“ in der Frage der Zolltarife, sollte ihnen wegen der maßlosen Übertreibung der Agrarier in der Zollfrage die Zustimmung nicht unmöglich gemacht werden.⁸³

Die Zollpolitik blieb für diese industrielle Parlamentariergruppe und allen voran für Richard Müller nicht nur eng verbunden mit Deckungsvorlagen, sondern mit einer übergreifenden Balance zwischen Agrar-, Sozial- und Handelspolitik. Auf keinen Fall wollte er in der Zollfrage den Standpunkt des Bundes der Landwirte (BdL) und dessen exorbitante Forderungen übernehmen. Als daher die Zollberatungen 1901/02 auf ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den agrarischen Wünschen hinausliefen, stimmte Müller in der Budgetkommission gegen die neuen Tarife, „weil er der Auffassung der Linken näherstand. Nur die Rücksicht auf ein einheitliches Auftreten der Partei hat ihn zu einer Änderung seines Standpunktes zu bringen vermocht.“⁸⁴ Müller favorisierte eine Entkoppelung von Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik. Skeptisch gegenüber den überhöhten Zollforderungen des BdL und der Großagrarier, unterstützte er dennoch Forderungen nach einer Erhöhung der Agrarzölle auf 50 Mk pro Tonne. Die Industriezölle sollten seiner Ansicht nach dagegen gesenkt werden. Als gemäßigter Protektionist in der Agrarpolitik redete er nie der Verbindung von Hochofen und Rittergut das Wort. Niedrige Industriezölle hatten den Wettbewerb deutscher Produkte zu garantieren. Politisch richtete sich diese Haltung gegen jede Form der Sammlungspolitik von Industrie- und Landwirtschaft, wie sie z. B. von Johannes von Miquel betrieben wurde.

3. Rücktrittsgedanken: Die Legislaturperiode 1903–1907

Am 16. Juni 1903 wurde Richard Müller als Abgeordneter des kurhessischen Reichstagswahlkreises 7 mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. 78,5 % der abgegebenen Stimmen wurden im ersten Wahlgang für Müller abgegeben. Müllers Rückkehr in seinen Heimatwahlkreis wurde von der Wählerschaft

honoriert, die schon 1898 lieber einen einheimischen Kaufmann denn einen westfälischen Agrarier als Abgeordneten gesehen hätte. In der Stadt Fulda erreichte Müller 71,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen.⁸⁶

Dennoch trug er sich schon bald darauf aus politischer Enttäuschung heraus mit Rücktrittsabsichten. Bereits wenige Monate nach seiner Wiederwahl beabsichtigte Müller, sein Mandat zurückzugeben. Als ersten Schritt hierzu blieb er „nach Verabredung mit dem Abgeordneten [Karl Friedrich] Speck der Budgetkommission fern“. Nicht Ursache, aber Anlaß war die Haltung der Zentrumsfraktion in der Frage des Doppelschraubendampfers ‚Meteor‘ gewesen. Zudem fühlte sich Müller persönlich durch die Zentrumsführer Spahn und Gröber übergangen und zurückgesetzt.⁸⁷ Müller wollte indessen seinen Rückzug aus der Budgetkommission nicht dazu nutzen, um von außen Kritik an der Finanz- und Haushaltspolitik des Zentrums zu üben.⁸⁸ Die Ursachen für seine Verbitterung lagen tief. In den Debatten über die Flottenvorlagen der Regierung im Reichstag hatte das Zentrum seiner Ansicht nach den Standpunkt strikter Opposition schon lange aufgegeben und war mehr oder weniger zum stillen Teilhaber der Regierungsmehrheit geworden.

Im April 1904 teilte der Redakteur des „Beobachter am Main“ Dr. iur. Werbun der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung mit, Richard Müller-Fulda beabsichtige, sein Mandat mit dem Bonifatiusfest 1904 (sc. 5. Juni 1904) niederzulegen.

„Es spielen private Gründe eine Rolle. Überanstrengung seiner schwachen Augen und Inanspruchnahme durch private Geschäfte. Entscheidend aber ist für ihn gewesen seine Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Politik der Zentrumspartei in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen.“⁸⁹

Wenn auch das Augenleiden Müllers durch Schonung und ärztliche Behandlung während des Jahres 1905 sich besserte,⁹⁰ die entscheidenden Ursachen für seine Rücktrittsabsichten blieben bestehen. Er zeigte sich durch das „übertriebene Entgegenkommen des Zentrums gegenüber den kolonialen Plänen der Regierung, verstimmt.“⁹¹ Was ziemlich genau zehn Jahre nach Müllers erstmaligem Einzug in den Reichstag für den Fuldaer Industriellen an positiven Ergebnissen zu Buche schlug, war in der Tat nicht allzu viel.

„Als ich im Jahre 1893 in den Reichstag eintrat, waren wir eine gesunde Oppositionspartei. ... Heute ist dies anders; wir thun dem Ministerium Bülow jeden Dienst, den s.Zt. die Nat.Lib. Bismarck gethan haben, ohne etwas anderes dafür zu ernten als einen Fußtritt im Abgeordnetenhaus. – Dabei treibt die von uns unterstützte imperialistische Politik uns immer tiefer in finanzielle Zerrüthung hinein.“⁹²

Von den ursprünglichen Hoffnungen Müllers war wenig geblieben. Müller hatte mitgeholfen, die Marinevorlagen abzumildern, die Reichsschulden anzuprangern und den extremen Zollforderungen der Agrarier Widerstand entgegenzusetzen. Er war in den Reichstag eingezogen, um die Parlamentsrechte gegen die Einschüchterungsversuche der Reichsführung zu sichern und

auszubauen, und mußte erleben, wie über Septennat, Sexennat und Quinquennat die Etatrechte des Reichstages gebunden worden waren. Er war für einen maßvollen Schutz Zoll eingetreten und hatte gegen die exorbitanten Forderungen der Agrarier in der eigenen Partei und bei den Konservativen nur mühsam das Schlimmste verhindern können. Die „Rechte der Kirche“ hatte er sichern wollen, was in der Praxis vor allem hieß, das Jesuitengesetz abzuschaffen. Trotz der mehrheitsentscheidenden Stellung des Zentrums war dies nicht gelungen. „Ziehen wir das Fazit unserer Erfolge, ... so glaube ich, daß nicht viel mehr als ‚Null‘ erreicht ist trotz des großen ‚Wohlwollens‘ in der Wilhelmstraße.“⁹³ Weitgehend in seinen Erwartungen enttäuscht und durch ein immenses Arbeitspensum ausgelaugt, klagte er bitter über den zunehmenden Opportunismus der Zentrumsfraktion.

„Gleichwohl habe ich eine große Aversion gegen Berlin und den Reichstag und hoffe künftig damit verschont zu bleiben, da mir „die ganze Richtung“ nicht paßt, weil sie mir zu sanft und nachgiebig ist und der Regierung gewissermaßen die Wünsche von den Augen abliest.“⁹⁴

Müller äußerte sich tief enttäuscht darüber, daß das Zentrum mitgeholfen habe, die finanziellen Folgen der Weltmachtpolitik den niederen Schichten aufzubürden. Die parlamentarische Alltagsarbeit war für ihn zu einer einzigen Zustimmungsmaschine für Regierungsvorlagen verkommen:

„Sie glauben nicht, wie schwer es mir schon letzten Winter gefallen ist, immer mit nachgeben zu müssen und in 2ter Lesung *halb*, in 3ter Lesung *ganz* umzufallen, oder von vornherein zu allem ja zu sagen, was uns immer mehr auf den Weg der Großmacht-, Kolonial- und Schuldenpolitik drängt, und das alles einem Ministerium gegenüber, welches für unsere katholischen und Centrumsiressen nichts geleistet hat, denn die Aufhebung des § 2 und die Art und Weise, wie solche inszeniert wurde, betrachten unsere hohen kirchlichen Autoritäten als ‚weniger als nichts‘, ja als direkt für uns schädlich.“⁹⁵

Müllers Parlamentarierkollege und langjähriger Freund Carl Bachem, dem er seinen Platz in der Budgetkommission überließ,⁹⁶ teilte Müllers Kritik am 17. Januar 1904 schrieb er an Müller:

„Ich kenne Ihre Gründe nicht, aber ich mißbillige sie. Sie scheinen über irgend etwas verstimmt zu sein und lassen Ihren Arger die Fraktion und unsere gute Sache entgelten. Wo kommen wir aber hin und was soll aus Centrum und Katholizismus werden, wenn wir uns durch solche Gründe bestimmen lassen und so die Politik ad personam machen.“⁹⁷

Bachem forderte von Müller Kampfgeist und Fraktionsdisziplin, eine Tugend, die Müller zehn Jahre lang als Mitglied der Reichshaushaltsetatkommission an den Tag gelegt hatte. Er versuchte ihn zur Mitarbeit in den Gre-

mien des Reichstags und des Zentrums zu bewegen. Zwar stimmte Bachem Müller in dessen Diagnose zu, daß sich die politische Landschaft grundlegend geändert habe. Aber – so Bachem – nicht das Zentrum, sondern vor allem die politischen Rahmenbedingungen seien seit den 1890ern anders geworden.

„Es ist doch gewiss nicht die Aufgabe der Centrumsfraction, immer und unter allen Umständen grundsätzliche Opposition zu machen. Ich fasse unsere Aufgabe allgemein dahin auf, daß wir in den Parlamenten ehrliche Arbeit im Dienste des Vaterlandes vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung zu leisten haben, und als solche insbesondere für den Schutz der religiösen Interessen und der Freiheit unserer hl. katholischen Kirche eintreten müssen. Wir haben also eine durchaus selbständige Aufgabe und müssen darum eine völlig selbständige Partei sein und bleiben.“⁹⁸

Gleichwohl sah Bachem in der Reichstagsfraktion des Zentrums vielerlei Kräfte am Werk. Deren Politik verstand er als die Ermittlung einer Diagonale. Der Ausgleich verschiedener Positionen ergab nach seinem Verständnis eine Mittellinie. Richard Müller kam beim Austreten dieser Kräfte eine wichtige Rolle zu. Bachem sah ihn deutlich links von den agrarischen Interessen:

„Wenn Sie kommen und wie bisher mitarbeiten, so wird die nötige Mittellinie der Fraction stets in ihrem Sinne beeinflusst sein; wenn Sie aber fern bleiben, so fehlt Ihr Einfluß nach links, und die Mittellinie geht ganz von selbst noch mehr nach rechts.“⁹⁹

Müller gab sich daraufhin versöhnlich. Er stritt ab, verstimmt in Fulda zu sitzen und über die Politik unserer Leute zu brummen.

„Ganz gewiß nicht, ich habe nur keine rechte Freude mehr an der ganzen Richtung, weil sie mir (nicht den Wählern) zu lammfromm ist und weil ich daraus durch die Nachgiebigkeit auf allen Gebieten und die Bewilligung alles dessen, was man oben wünscht, auch eine Katastrophe unserer Steuer- und Finanzpolitik befürchte.“¹⁰⁰

Müllers private Konsequenz aus der Folgenlosigkeit seiner Ansichten in der Zentrumsfraction und der Budgetkommission war sozial-karitative Arbeit. Im Herbst 1904 hatte er ein Arbeiterinnenheim und ein Vereinshaus, das sogenannte Josephsheim, errichten lassen. Danach plante er eine Speiseanstalt und eine Kinderbewahranstalt. Müller erklärte sich gleichzeitig aber auf mittlere Frist zur Mitarbeit bereit, „lieber natürlich, wenn es in die Opposition geht.“¹⁰¹ Er wollte zwar nicht in die Budgetkommission wieder eintreten und deren „Bewilligungsfreudigkeit für neue Kavallerieregimenter“ stören, aber die neuen Handelsverträge, die im Frühjahr 1905 beraten wurden, interessieren ihn doch. Hier wollte er an der Fraktionsberatung teilnehmen, „zumal die ‚Enttäuschten‘ etwas beschwichtigt werden müssen, was ja voraussichtlich der Fall sein wird, denn dann kann ich wahrscheinlich einmal aus Überzeugung *positiv* entfalten.“¹⁰²

Müllers Mitarbeit in Berlin war von seiner Seite aus nur bis zum Ende der Legislaturperiode, also planmäßig bis 1908 vorgesehen, als der Reichstag neu gewählt werden sollte. Für seine Nachfolge hatte er konkrete Planungen getroffen: Müller dachte an einen Schulfreund aus Kindertagen, der als Mittelebeamter in der Provinzialverwaltung arbeitete. Müller hielt ihn für das Fach der Finanzpolitik für durchaus geeignet, schilderte ihn als fest, zäh und einen guten Zentrumsmann. Der von Müller in den Blick genommene Kandidat wollte nach seiner Wahl in Pension treten, um sich ganz dem Reichstag zu widmen.¹⁰³

Die politische Entwicklung entzog wenige Tage nach Müllers Schreiben mit der Mitteilung seiner Nachfolge diesen Planungen die Grundlage. Eine Woche darauf kam es zum Bruch der informellen schwarz-blauen Koalition, die die Ära Posadowsky gebildet hatte. Hintergrund dieses Bruches Bülow's mit dem Zentrum waren die Mehrforderungen der Reichsleitung im Kolonial- und Heeresetat, um den Hereroaufstand in Deutsch-Südwestafrika niederzuschlagen. Das Zentrum hatte in dieser Diskussion Mißstände in der Kolonialverwaltung angeprangert und gemeinsam mit der Sozialdemokratie den kolonialen Nachtragset abgelehnt. Die zwiespältige Situation Bülow's und sein ambivalentes Auftreten hatten indirekt dazu beigetragen, die Opposition der Zentrumsdemokraten, wie etwa Erzbergers und Müllers, zu einem Höhepunkt der Erregung zu führen. Alle Zweifel in der Zentrumsfraktion an der kostspieligen Weltpolitik Bülow's traten nun massiert auf und verhinderten eine Einigung mit Bülow, der über den Bruch mit dem Zentrum zwar seine Stellung bei Hofe, nicht aber seine Version der Sammlungspolitik retten konnte. Am 13. Dezember 1906 löste Bülow den Reichstag auf und schrieb Neuwahlen aus mit der Maßgabe einer scharfen Frontstellung gegen Zentrum und SPD. Die sogenannten Hottentottenwahlen standen vor der Tür.¹⁰⁴

Von Rücktrittsabsichten konnte nun für Müller bei der klaren Frontstellung keine Rede mehr sein. Er kandidierte diesmal wieder in Fulda, wo er im ersten Wahlgang am 25. Januar 1907 mit 65,2 % bei einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 91,0 % direkt gewählt wurde. In der Stadt Fulda erreichte er sogar 66,7 % bei 81,9 % Wahlbeteiligung.¹⁰⁵ Müller kam für die Stichwahlen auf eine ältere Forderung aus dem Wahlkampf 1898 zurück, nämlich ein Stichwahlabkommen mit der SPD zu treffen, um eine Mehrheit der Kolonialkartell-Parteien auf jeden Fall zu verhindern. Zwar hatte das Zentrum den ersten Wahlgang glänzend überstanden, die Sozialdemokraten waren jedoch als Bündnispartner gegen die Konservativen und Liberalen aufgrund fehlender freisinniger Stichwahlhilfe gegenüber 1903 deutlich geschwächt. Es war auf Zentrumsseite unstrittig, daß zur Verhinderung einer Blockmehrheit aus Konservativen und Liberalen eine Absprache mit den Sozialdemokraten getroffen werden mußte. Die betreffenden Verhandlungen führte Richard Müller.

Bereits vor dem ersten Wahlgang am 25. Januar 1907 hatte Müller den Kontakt zur SPD aufgenommen. Müllers erneutes Engagement hatte sich sogar auf einen Wahlkreis gerichtet, in dem ein katholischer Kandidat normalerweise keinerlei Aussichten hatte. Dennoch hatte sich Müller im Wahlkreis

Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg anfangs Hoffnungen gemacht, mit Unterstützung der SPD das Mandat zu erringen. Zumindest aber hatte er diesen ver gleichsweise klaren Fall, wo weder Zentrum noch SPD das Mandat erringen konnten, zum willkommenen Ausgangspunkt genommen, mit der SPD in Gespräche einzutreten. Schon vor dem Hauptwahlgang am 25. Januar 1907 fragte er beim sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und stellvertre tenden SPD-Vorsitzenden Paul Singer an, „ob er im Kreise Hünfeld-Hersfeld bei einer Stichwahl mit dem Antisemiten auf sozialdemokratische Stimmen rechnen könne“. Singer hatte ihm unter dem 21. Januar 1907 geantwortet, daß der SPD-Parteivorstand erst nach den Hauptwahlen über die Parole für die Stichwahlen entscheiden werde.¹⁰⁶ Nachdem Müller jedoch im ersten Wahlgang nur 20,9 % und der Sozialdemokrat Heinrich Huhn nur 11,0 %, der antisemitische Kandidat Ludwig Werner jedoch 46,3 % erhalten hatte, war eine Absprache mit der SPD aussichtslos geworden.¹⁰⁷ Zwei Tage nach der Hauptwahl schrieb Müller erneut an den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden:

„Auf Stichwahlhilfe im Kreise Hünfeld-Hersfeld-Rotenburg will ich verzichten, weil ich in diesem Kreise gegen die Antisemiten, Konservativen, Freisinnigen und Liberalen doch nicht durchdringe. Dagegen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährdete Gesamtlage richten. Zwar kehrt das Zentrum nicht erheblich geschwächt zurück; durch den Verlust Ihrer Partei in Sachsen, Thüringen usw. und durch das Zusammengehen der Freisinnigen mit der Reaktion erscheinen mir die Verfassungsrechte gefährdet und Zustände geschaffen, wie solche sich im Jahre 1887 nach den Wahlen ergaben, nur mit dem Unterschiede, daß solche diesmal noch rücksichtsloser ausgenutzt werden könnten. Daß ich hieraus die Konsequenzen ziehe, versteht sich von selbst; es fragt sich jedoch, ob das Verständnis für die Situation allseitig, besonders auch bei Ihren Leuten vorhanden ist, und wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mir darüber kurzen Bescheid ... zukommen lassen wollten.“¹⁰⁸

Nach einer kurzen Antwort des erkrankten Singer hatte August Bèbel ausführlich Müller geantwortet. In seinem Schreiben vom 28. Januar 1907 an Richard Müller favorisierte der SPD-Vorsitzende eine parlamentarische Mehrheit auf dem Boden der drei Punkte des sozialdemokratischen Wahlauf rufes, der sich gegen jede Wahlrechtsverschlechterung, gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes und gegen jedes wie immer geartete Ausnahme gesetz ausgesprochen hatte.

„Da Sie von den gleichen Gesichtspunkten ausgehen, sind wir bereit, in denjenigen Wahlkreisen, in denen Kandidaten Ihrer Partei anderen bürgerlichen Kandidaten gegenüberstehen und wir den Ausschlag geben, für die Kandidaten Ihrer Partei einzutreten. Wir nehmen dabei an, daß Ihre Partei in bezug auf Wahlkreise, in denen wir mit Kandida ten anderer Parteien in Stichwahl sind und Ihre Partei den Ausschlag gibt, zugunsten unserer Partei zu entscheiden bereit sind.“¹⁰⁹

Bebel bat Müller um Nachricht, ob ein solches Stichwahlbündnis von der Zentrumsführung mitgetragen werde. Am 29. Januar tagte in Köln die Stichwahlkommission der Zentrumspartei. Ihr gehörten Carl Bachem, Paul Cahensly, Alois Fritzen, Adolf Gröber, Karl Herold, Jäger, Richard Müller-Fulda, Schmitt-Mainz und Carl Trimborn an. Daneben nahmen an der Sitzung teil: Julius Bachem, Anton Dahlem, Peter Itschert und Joseph Edmund Jörg. In den Beratungen sprachen sich Müller-Fulda, Adolf Gröber und Franz Xaver Schädler, der in Bayern bereits ein Wahlbündnis geschlossen hatte und deshalb nicht anwesend sein konnte, aus. Karl Herold war wegen des zu befürchtenden Einflusses der Zusammenarbeit mit der SPD auf die Christlichen Gewerkschaften dagegen. Carl Bachem plädierte aus prinzipiellen Erwägungen wie schon im Briefwechsel mit Müller von 1898 eher dagegen, sah aber die Notwendigkeit einer Absprache. Er „schlug vor: als Parole Verbot jeglicher Unterstützung von Nat.lib. od. Soc.Dem. Im übrigen Unterstützung von Kandidaten, welche sachlich befriedigende Erklärungen abgaben.“¹¹⁰ Der Beschluß des Kölner Gremiums folgte dem Vorpreschen Müllers zu weiten Teilen. Es kam zwar nicht zu einem formellen Bündnis zwischen Zentrum und SPD. Die Zentrumsforderungen mußten eine informelle Zusammenarbeit mit der SPD jedoch nicht gefährden. Die Vorsitzenden der Landes- bzw. Provinzialausschüsse der Zentrumspartei der Rheinprovinz, Hessen-Nassau, des Großherzogtums Hessen und der Rheinpfalz forderten ihre Wahlkomitees auf, nur diejenigen Kandidaten zu unterstützen, welche sich auf folgende Forderungen verpflichteten ließen:

„1. für Aufrechterhaltung des geltenden Reichstagswahlrechts, gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes, für Fortführung der sozialen Reformgesetzgebung, gegen jedes Ausnahmegesetz auf politischem Gebiete, 2. für Sicherung der vollen Religionsfreiheit in allen deutschen Bundesstaaten im Sinne des Toleranzantrages und gegen jedes Ausnahmegesetz auf religiösem Gebiet.“¹¹¹

Diese Forderungen mußten faktisch auf die SPD ermutigend wirken. Zwar war es zu keinem förmlichen Bündnis gekommen, dennoch bestand nun auf der gemeinsamen Plattform der Forderungen der Stichwahlkommission die Möglichkeit einer sachlichen Zusammenarbeit. Müllers Vorpreschen wurde anders als Johannes Bell dies 1911 behauptete – nicht durch die Partei desavouiert, sondern modifiziert.¹¹² Die Zentrumsforderungen waren so formuliert, daß sie – so Carl Bachem – „für gewöhnlich ein Nat.lib. nicht acceptieren kann, ein Soc. aber wohl.“¹¹³ Unmittelbar nach der Kölner Konferenz antwortete Müller Singer vertraulich, indem er den Vorschlag Bèbels aus zeitlichen, nicht politischen (!) Gründen und wegen bereits eingegangener Verpflichtungen als undurchführbar bezeichnete. Dann kam er auf die Bedingungen des Zentrums zu sprechen:

„Unsere Bedingungen sind den Ihrigen ziemlich angepaßt, sie werden heute veröffentlicht, und es wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß alle Ihre Kandidaten eo ipso diesen Bedingungen zustimmen, der Misch-

masch dagegen nicht. Nun tue jeder nach bester Überzeugung seine Pflicht, auch ohne gegenseitige Zusicherung.¹¹⁴

Die Stichwahlinitiative der Zentrumsführung, die maßgeblich von Richard Müller beeinflusst und angestoßen worden war, brachte dem Zentrum durch die Unterstützung der SPD neun Mandate und den Sozialdemokraten durch Zentrumshilfe zwölf Wahlkreise ein. Von diesen zwölf SPD-Mandaten durch Stichwahlhilfe des Zentrums war Richard Müller näherhin an mindestens zwei Fällen persönlich beteiligt. Auf Initiative Müllers wurde im nassauischen Wahlkreis Wiesbaden 2 (Amtler Eltvile, Langenschwalbach, Rüdesheim, Wehen, Wiesbaden, Stadt Wiesbaden) in der Stichwahl mit Unterstützung katholischer Wähler ein Sozialdemokrat gewählt, nachdem dort noch 1903 der Nationalliberale Eduard Bartling erfolgreich gewesen war. Im Wahlkreis Hanau proklamierte das Zentrum schon in der Hauptwahl Enthaltung und verzichtete auf einen eigenen Kandidaten. Der Sozialdemokrat Gustav Hoch verfehlte am 25. Januar 1907 zwar mit 49,5 % knapp die absolute Mehrheit, konnte sich aber in der Stichwahl gegen seinen nationalliberalen Kontrahenten Dr. Georg Lucas durchsetzen. Der Nationalliberale Lucas war 1903 siegreich gewesen. Beides waren Wahlkreise mit vergleichsweise knappem Wahlausgang gewesen. Für eine scharfe Frontstellung gegen die konservativen und liberalen Blockparteien schienen sie erfolgversprechend, zumal in beiden Wahlkreisen der hohe Zentrumsstimmanteil den Ausschlag geben mußte.

In Wiesbaden 2 kamen Nationalliberale (27,0 % im ersten Wahlgang) und SPD (31,5 %) in die Stichwahl, das Zentrum gab mit seinen 22,4 % den Ausschlag. Schon vorher hatte Müller in einem Schreiben an den nationalliberalen Führer in Höchst, Justizrat Haenser, versucht, Stichwahlhilfe der Nationalliberalen für Wiesbaden 1 (Höchst-Homburg-Usingen) zu gewinnen, wo das Zentrum (25,8 %) gegen die Sozialdemokraten in die Stichwahl gekommen war, und ohne nationalliberale Hilfe (23,8 %) nicht gewinnen konnte. Müller malte die Gefahr an die Wand, eine Vielzahl von Wahlkreisen durch den Verzichtungskampf zwischen Liberalismus und Zentrum den „Roten auszuliefern.“¹¹⁵ Justizrat Haenser leitete das Schreiben an den Vorsitzenden des Landesausschusses der nationalliberalen Partei für den Regierungsbezirk Wiesbaden Eduard Bartling weiter. Müller gegenüber befürwortete er eine gemeinsame Absprache gegen die Sozialdemokratie.¹¹⁶ Dem schloß sich Bartling an:

„Ihren Vorschlag, eine gegenseitige Unterstützung anzustreben, um zu verhüten, daß in der Stichwahl eine Anzahl Mandate der Sozialdemokratie zufällt, halte auch ich nach Lage der Verhältnisse für richtig und darin weiß ich mich auch eins mit dem Vorstand des Wahlvereins für Wiesbaden und mit den hiesigen Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei für Nassau, die ich eben gehört habe.“¹¹⁷

Müller zögerte die definitive Antwort bis unmittelbar vor die Stichwahl hinaus und hielt die Nationalliberalen im unklaren, während diese ihre Pole-

mik gegen das Zentrum in Wiesbaden 1 einzustellen begannen.¹¹⁸ Dann schlug er zu. Obwohl selbst nicht Kandidat in Wiesbaden 1 und 2 forderte er am 4. Februar 1907 die Zentrumswähler persönlich in einem Flugblatt unter der Parole „Nieder mit den Liberalen!“ auf, auf jeden Fall die nationalliberalen Kandidaten zu verhindern.

„Keine Stimme den Liberalen! Jede Stärkung des liberalen Blocks bildet eine Gefahr für die Volksrechte, insbesondere für das Reichstagswahlrecht und verstärkt die Möglichkeit eines neuen Kulturkampfes. Für die Centrumswähler kann es deshalb nur eine Parole geben: Nieder mit den Liberalen! Tue jeder Wähler am 5. Februar seine Pflicht, dann wird auch diese Gefahr vorübergehen. Fulda, 2. Februar 1907. Richard Müller“¹¹⁹

Das Wahlkalkül Richard Müllers ging in zwei von drei Fällen auf: Wiesbaden 2 und Hanau wurden den Nationalliberalen von den Sozialdemokraten entzogen. In Wiesbaden 1 war der Zugewinn des Zentrums kandidaten Peter Itschert von 25,8 % auf 45,4 % zwar beträchtlich und sicher nicht ohne nationalliberale Stimmen zustande gekommen, der Sozialdemokrat Friedrich Brühne behielt indessen die Oberhand. Ohne daß das Zentrum seinerseits den Sozialdemokraten durch nationalliberale Hilfe den Sieg in Wiesbaden 1 hatte entreißen können, hatte es durch Stichwahlhilfe für die Sozialdemokraten erreicht, daß die Nationalliberalen zwei ihrer hessischen Wahlkreise von 1903 an die SPD verloren.¹²⁰

4. Kampf gegen den Bülowblock und Reichsfinanzreform: Die Legislaturperiode 1907–1912

Die konservativen und liberalen Blockparteien erreichten bei den Reichstagswahlen 1907 215 von 397 Reichstagsmandaten. Reichskanzler Bülow verfügte, obwohl er nicht die treibende Kraft des Bruches mit dem Zentrum gewesen war, über eine Mehrheit im Reichstag, die sich als solche verstand. Müllers politische Arbeit bekam vor diesem Hintergrund neuen Auftrieb. Er trug sich nun nicht mehr mit aktuellen Rücktrittsabsichten, sondern arbeitete mit beim Kampf der Reichstagsfraktion des Zentrums gegen den Bülowblock. Seinen Rücktrittswunsch vertagte er auf 1911.¹²¹ Eine erste Gelegenheit des aktiven Kampfes gegen Bülow boten die preußischen Landtagswahlen 1908. Müllers starke Stellung in der Zentrumspartei war ausschlaggebend für das Wahlbündnis, das Zentrum und Konservative im Frühjahr 1908 im Regierungsbezirk Kassel schlossen mit dem ausdrücklichen Ziel, „die Bülowische Blockpolitik in kaum verhüllter Weise zu unterminieren.“¹²² Das Zentrum profitierte kaum von diesem Abkommen.¹²³ Mit der Unterstützung des Zentrums gelang es den Konservativen jedoch im Regierungsbezirk Wiesbaden, den Nationalliberalen ein Mandat, das sie seit 1867 innegehabt hatten, zu entreißen.¹²⁴

Sein politischer Kampf gegen Bülow führte Richard Müller an die Seite des neuen starken Mannes in der Zentrumsfraktion Matthias Erzberger, mit dem

er freundschaftlichen Umgang pflegte.¹²⁵ Insgesamt fällt hingegen auf, daß Müller in den Legislaturperioden seit 1907 kaum mehr als Redner im Reichstag auftrat. Er wirkte mehr im Hintergrund. Sein bevorzugtes Arbeitsfeld, die Finanzpolitik, bot dafür nach 1907 reichlich Material, da sich die Blockparteien an das Projekt einer Reichsfinanzreform machten. Müller durfte von Zentrumsseite als einer der besten Sachkenner in dieser Materie gelten.¹²⁶ Durch zwei Broschüren zur Reichsfinanzpolitik trat er zwischen 1907 und 1909 an die deutsche Öffentlichkeit.¹²⁷

Die schon länger drängende Frage einer Reichsfinanzreform enthielt großen politischen Zündstoff. Denn je nach Ausgestaltung der Steuern- und Abgabenseite schien damit eine Prädisposition Deutschlands in eine agrarische oder industriell-bürgerliche Gesellschaft verbunden zu sein. Über den kabinets- und tagespolitischen Streit hinaus standen in dieser Frage also weitreichende Optionen auf dem Spiel. Richard Müller trat am 2. Dezember 1908 in die dafür eingerichtete Steuerkommission ein¹²⁸ und befand sich an einer der Schaltstellen der politischen Entwicklung der Jahre 1908 und 1909.¹²⁹

Müller verfolgte zwei politische Ziele in dieser Debatte: Zum einen favorisierte er aus Gründen der sozialpolitischen Verträglichkeit neuer Steuern direkte Besitzsteuern vor indirekten Verbrauchssteuern. Zum anderen war er einer der heftigsten Gegner des Bülowblocks und wollte ihn so schnell wie möglich beseitigt sehen.¹³⁰ Beide politischen Ziele liefen solange miteinander parallel und widersprachen sich nicht, als sich im Zentrum eine Mehrheit für die Nachlaßsteuer fand und der Regierungsblock darüber auseinanderzubrechen drohte.¹³¹ Die Liberalen und vor allem der Freisinn teilten die Forderung nach einer Erbschaftssteuer, während die Konservativen strikt dagegen waren. Diese sogenannte linke Lösung zur Sprengung des Bülowblocks, wie sie Richard Müller vertrat, erwies sich mit der Zeit jedoch als nicht gangbar, da die Strategie Bülows nicht auf eine Umpolung der parlamentarischen Mehrheit nach links (Zentrum, Nationalliberale und Freisinn) hinauszielte, sondern darauf aus war, den Bestand des Blocks mit den Konservativen zu sichern. Führende Zentrumsvertreter, wie die Bachem-Vettern Julius und Carl Bachem, warnten davor, gänzlich mit den Konservativen zu brechen, die man ja in Angelegenheiten der Kultur- und Kirchenpolitik noch brauche, und dämpften daher Müllers Agitation für eine Ausweitung der direkten Reichssteuern wie etwa der Besitzsteuern.¹³²

Die Diskussion um die Erbschaftssteuer würde zum Dreh- und Angelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Nach dem Antrag des Zentrumsabgeordneten Karl Herold sollten die Reichsfinanzen durch stärkere Matrikularbeiträge saniert werden, die von den Bundesstaaten aufgebracht werden mußten. Die Konservativen und hier vor allem ostelbische Großgrundbesitzerkreise konnten diesem Antrag zustimmen, da angesichts der für sie politischen stabilen Lage durch das Dreiklassenwahlrecht keine Folgen für ihren Besitz zu befürchten waren. Viele Liberale opponierten jedoch dagegen, da sie die Möglichkeit zur Besitzbesteuerung dadurch entschwinden sahen. Der Bülowblock wurde vor dem Auseinanderbrechen bewahrt, indem der Reichskanzler die Blockparteien auf den Antrag des freikonservativen Abgeordne-

ten Karl Freiherr von Gamp-Massaunen vom 4. März 1909 gewinnen konnte, der in der Sache auf Richard Müller zurückging. Dieser Antrag entwickelte Herolds Vorstellungen weiter. Dessen modifizierte Fassung gab Richard Müller Gamp zur Einbringung. Der Vorschlag sah vor, die Finanzierung zwar durch Matrikularbeiträge vorzunehmen, die Bundesstaaten aber zur Aufbringung dieser Matrikularbeiträge auf Vermögens- und sonstige Besitzsteuern zu verpflichten. Die politische Gefahr dieses Antrages lag im Bruch der Finanzautonomie der Bundesstaaten, weshalb er nicht umgesetzt wurde.¹³³

Nach dem Besitzsteuerkompromiß vom 4. März 1909 richtete sich die Diskussion auf die Verbrauchssteuerabgaben. Die Vorlage nannte vor allem zwei Verbrauchssteuern: die Branntweinsteuer und die Tabaksteuer. Die Branntweinsteuervorlage wurde nach Kommissionsberatungen an eine Subkommission überwiesen. Diese Subkommission erhöhte die Branntweinsteuer, ließ aber die Kontingentierung der Herstellung von Branntwein und eine steuerliche Bevorzugung der sogenannten Liebesgabe für innerhalb der Kontingentierung hergestellten Branntwein bestehen. Die Entwürfe der Subkommission beruhten auf früheren Vorschlägen Richard Müllers und Karl Friedrich Specks vom Oktober 1908. Vom Zentrum unterstützt, wurden sie in dieser Fassung in beiden Kommissionen und später im Plenum angenommen.¹³⁴ Die Liberalen bekämpften sie indessen wegen der weiterhin vorgesehenen Ausnahmen erbittert. Das Zentrum war sowohl in der Frage der Besitzsteuern wie auch bei den Verbrauchssteuern in ausschlaggebender Position.

Von Regierungsseite wurden in dieser ausweglosen Situation heftige Angriffe gegen die Kommission erhoben, die zu wenig geleistet habe. Diese Agitation bewirkte das Gegenteil: Der Zentrumsabgeordnete Richard Müller kooperierte mit dem zweiten Vorsitzenden des BdL und konservativen Abgeordneten Gustav Roesicke, indem sie ihrerseits die maßgeblichen Vertreter für die Presekampagne gegen die Steuerkommission im Reichsschatzamt scharf angriffen.¹³⁵ Die gemeinsame Kritik von Konservativen und Zentrum zeitigte Folgen: Der Chef des Volkswirtschaftlichen Büros im Reichsschatzamt, Ernst von Halle, trat zurück. Aus anderem Grunde folgte ihm wenig später ein zweiter Vertrauter Bülows, der Pressechef des Auswärtigen Amtes Otto Hammann. Der Reichskanzler hatte zwei seiner wichtigsten Berater in kürzester Zeit verloren. In dieser aufgeheizten Situation favorisierten die Nationalliberalen eine Reichstagsauflösung, waren jedoch mit dem Zentrum skeptisch, ob eine Mehrheitsbildung danach einfacher werden würde, zumal Stimmengewinne der SPD zu erwarten waren.¹³⁶

Die zweite erfolgversprechende Verbrauchssteuer nahm den Tabak ins Visier. Diese Regierungsvorlage, die neben dem bestehenden Tabakzoll und der inländischen Tabaksteuer eine Banderolensteuer vorsah, lehnte Müller ab. Sein Vorgehen in dieser Frage zeugte von besonderer Raffinesse und Kaltblütigkeit. Gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Joseph Leopold Emmel kritisierte er am 4. März 1909 in den Kommissionsberatungen die Regierungsvorlage zur Tabaksteuer, „daß durch die Erhöhung der Tabaksteuer überhaupt und durch die Banderolenbesteuerung insbesondere die Löhne der Tabakarbeiter gedrückt und von rd. 200.000 deutschen Tabakarbeitern mindestens

10 bis 15 % durch die mit Sicherheit zu erwartende Konsumeinschränkung arbeitslos würden“¹³⁷ Wegen dieser Einwände wurde die Vorlage von Zentrum, SPD und den Nationalliberalen an eine Subkommission überwiesen. In der Beratung der Steuerkommission über die Beschlüsse dieser Subkommission am 13. Mai 1909 beantragte Müller überraschend die Ersetzung der vielen Tabaksteuerregelungen durch eine neue Fabriksteuer. Obwohl dieser Antrag nicht schriftlich vorlag und der Tagesordnung in der Kommission die Subkommissionsbeschlüsse bzw. die Regierungsvorlage zugrunde lagen, beantragte das Zentrum diesmal gemeinsam mit den Konservativen eine Beratung bzw. Abstimmung über Müllers Antrag. Dies alles unerachtet des Umstandes, daß die Subkommissionsvorlage mit Blockmehrheit unterdessen schon verabschiedet worden war. Einen entgegenstehenden Antrag lehnten beide ab. Deutlicher konnte man den Blockparteien kaum mehr demonstrieren, daß sie nicht mehr Herren des Verfahrens waren. Der Vorsitzende der Kommission, der nationalliberale Abgeordnete Hermann Paasche, trat darauf entrüstet von seinem Amt zurück. Die Verwirrung war perfekt. Der Antrag Müllers lief auf nichts Geringeres hinaus als auf eine gleichzeitige Beratung dreier miteinander konkurrierender Steuersysteme.¹³⁸ Pikanterweise wurde in der Kommission ein Antrag angenommen, der auf einen 1895 von Paasche und Richard Müller gemachten Vorschlag zurückging und einen Wertzollzuschlag für ausländische und eine Erhöhung der Steuer auf inländische Tabake vorsah.¹³⁹

Die Entscheidung mußte indessen die Behandlung der Vorlage zur Erbschaftsteuer bringen. Die Konservativen hatten schon früher ihre ablehnende Haltung zu dieser Steuer zu erkennen gegeben, waren allerdings zu Kompromissen bereit gewesen, die ihre Interessen nicht ernsthaft gefährdeten. Das Zentrum schloß sich dieser ablehnenden Haltung an, um die neue schwarze blaue Mehrheit nicht zu gefährden und weil Bülow so am ehesten zu stürzen war. Kompromißunwillig waren die Konservativen insbesondere in der Frage des Kinder- und Gatterbes, des § 9a im von Sydow überarbeitet vorgelegten Erbschaftsteuergesetz. Dieser entscheidende Paragraph wurde am 24. Juni 1909 vom Reichstag mit den Stimmen von Konservativen und Zentrum bei 194 Ja-Stimmen, 186 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Das Kernstück der Finanzreform, das den höchsten Ertrag erwarten ließ, war gescheitert. Bülow bat den Kaiser noch am gleichen Tag um den Abschied, der jedoch bis zur endgültigen Verabschiedung einer neuen Finanzreform verzögert wurde. Fortan blieb Bülow den Sitzungen des Reichstages fern. Am 10. Juli 1909 nahm der Reichstag mit den Stimmen von Nationalliberalen, Freisinnigen, Demokraten und der SPD eine abgeänderte Finanzreform an. Dennoch: Das Zentrum war durch den Sturz Bülows und den Bruch des Bülowblocks in seine mehrheitsentscheidende Rolle zurückgekehrt. In dieser Situation des zurückgewonnenen strategischen Positionsgewinns überschätzte man naturgemäß den eigenen Anteil am Ausgang der Debatte. Aus der Rückschau auf die Ereignisse im Winter und Frühjahr 1908/09 schrieb der an den Ereignissen nicht unbeteiligte Richard Müller¹⁴⁰ am Tage nach dem Rücktritt Bülows als Reichskanzler an Carl Bachern:

„Der eigentliche Feldzugsplan für die Finanzreform wurde s. Zt. in *Gersfeld* aufgestellt, zu welchem Zweck ich Herrn Kollegen Speck nach der Rücksprache mit Sydow dorthin beordert hatte, es ist alles programmgemäß durchgeführt worden, alle *inneren* und *äußeren* Widerstände wurden niedergemacht, dank der treuen Mithilfe der hohen polnischen Fraktion.“¹⁴¹

Die eigentümlichen Balanceakte Müllers in seinem Verhältnis zu den Konservativen, mit denen das Zentrum nun immer häufiger zusammenarbeitete, kennzeichneten seine Haltung im Streit um die steuerliche Belastung der Fideikommisse, die 1910 vom Nachfolger Sydows im Amt des Reichsschatzsekretärs, Adolf Wermuth, angegangen wurde. Durchaus in Übereinstimmung mit den Konservativen brachte er am 28. April 1910 einen ihm vom Reichsschatzamt zugesteckten Antrag ein, der alle Fideikomnisse bis auf diejenigen der Landesfürsten steuerlich belastete. Später wurde dieser Antrag vom Zentrumsabgeordneten Johann Anton Zehnter eingebracht und mit den Stimmen der Konservativen in erster Lesung angenommen.¹⁴² Im Laufe der folgenden Kommissionsberatungen näherte sich Müller jedoch immer mehr dem Standpunkt der Linken an und trat gegen eine Steuerbefreiung der Fürsten, ja sogar der Bundesstaaten ein. Als einziger Zentrumsabgeordneter stimmte er am 10. Dezember 1910 in der Kommission gegen die Steuerbefreiung der Monarchen.¹⁴³ Seine Interessen an steuerlicher Solidität und vermehrten Reichseinnahmen paarten sich hier mit demokratischen und antifeudalen Impulsen.¹⁴⁴ Müller hegte eine innere Distanz gegen die Monarchien im Reich und in den Ländern, die nicht zuletzt aus seinen Erfahrungen als Haushaltspolitiker im konstitutionellen System herrührte.

5. Von der Monarchie in die Republik: Richard Müller in Reichstag und Nationalversammlung 1912–1920

Nach seiner Wiederwahl 1912 rückte Müller in den Fraktionsvorstand der Reichstagsfraktion auf. In die Budgetkommission des Reichstages trat er hingegen nicht mehr ein. „Neben Spahn, welcher jetzt Fraktionsvorsitzender war, fühlte er seine Aktionsfreiheit beengt.“¹⁴⁵ Müllers gestiegenes Renommee schlug sich unter anderem darin nieder, daß er ab 1913 neben Erzberger als Verbindungsmann zum bayrischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling, einem früheren Zentrumsabgeordneten in Berlin, fungierte.¹⁴⁶ Als Mitglied der engeren Zentrumsführung stieg sein Einfluß enorm. Über diese Zeit geben die vorliegenden Quellen indessen wenig Auskunft. Zwischen 1912 und 1918 nahm Müller an wichtigen Gesprächen und Verhandlungen teil, die im oder mit dem Zentrum geführt wurden. Im Frühjahr 1914 wurde Richard Müller, der als einziger Zentrumsparlamentarier dem Hansabund angehörte, Vorsitzender des neu gebildeten Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe.¹⁴⁷

Schon bald nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, im November 1914, zeigte er sich skeptisch, den Krieg noch zu gewinnen. In einem Schreiben an den Fuldaer Zentrumspolitiker und Chefredakteur der Kirchenzeitung

Bonifatiusbote' Emil Arzert¹⁴⁸ gab er sich keinerlei Illusionen über den Wahrheitsgehalt der Pressemeldungen von den Fronten hin:

„Daß von den Kriegsnachrichten mindestens 90 % Schwindel sind, der Rest auch noch ungenau und tendenziös gefärbt, ist sicher. Es ist fast am besten, nur noch die Extrablätter zu lesen. – Die Gesamtsituation beurtheile ich auch recht skeptisch, hoffe wir, daß es bald besser wird. Zu dem Flaggen der Häuser und dem täglichen Ausposaunen von ‚Großen Erfolgen in Ost und West‘ ist gewiß kein Anlaß gegeben.“¹⁴⁹

Müller gehörte zu den Initiatoren des Interfraktionellen Ausschusses, der von den Mehrheitsparteien von 1912, dem Zentrum, den Linksliberalen und den Sozialdemokraten, seit Juli 1917 gebildet wurde. Bereits wenige Tage zuvor hatte er in engem Kontakt mit Matthias Erzberger an der Friedensresolution mitgearbeitet, die der Reichstag im Juli 1917 verabschieden würde. Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zu den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918 sagte er später, daß die Anregung zur Friedensresolution nicht – wie nachträglich behauptet – am 6. Juli 1917 im Hauptausschuß des Reichstages von Erzberger ausging, sondern bereits vom 2. Juli datierte.

„Ich traf (vormittags um acht Uhr) im Reichstag den Abgeordneten Erzberger und sprach mit ihm die ungünstige Stimmung, welche vielfach infolge der Lebensmittelpnot herrsche. Er erklärte mir, daß Deutschland den Frieden haben könne, wenn es ernstlich wolle. Er erwähnte die beabsichtigte Friedensvermittlung des Papstes und sagte, es käme jetzt darauf an, diese durch eine Kundgebung des Reichstages für einen annexionslosen Frieden zu unterstützen. Ich schlug ihm vor, Vertreter der friedenswilligen Parteien durch den Abgeordneten v. Payer zu einer Besprechung einladen zu lassen, womit er sich einverstanden erklärte. ... Dies ist dann wohl noch am selben Tag geschehen.“¹⁵⁰

Im Juli 1930 teilte Müller an Carl Bachem in einem Schreiben mit, daß die Keimzelle des ersten Entwurfes der Friedensresolution des Reichstages vom 6. Juli 1917 von ihm abgefaßt worden sei, was Bachem zwei Jahre später in seine Zentrumsgeschichte aufnahm. Dieser ursprünglich knappe Wortlaut der Resolution lautete:

„Wir führen den Krieg nur zur Verteidigung unseres Vaterlandes; wir lehnen jeden Gedanken an Annexionen und Kontributionen ab und erstreben einen Frieden der Verständigung.“ Zur Entstehung dieses Textes führte Müller aus: „Aufgeschrieben war sie allerdings von mir, verfaßt aber vom päpstlichen Nuntius (im Wortlaut des Antrages), von dem ich sie durch Erzberger erhalten hatte.“¹⁵¹

Am 6. Juli nahm Müller am ersten Treffen des Interfraktionellen Ausschusses teil, dem er bis zu dessen Ende am 9. November 1918 noch fundumdwanzigmal beiwohnte. Gleich am 11. Juli 1917 äußerte sich Müller eindeutig über die zukünftige politische Verfassung Deutschlands:

„Endgültig anzustreben das parlamentarische System. Das geht nicht ganz rasch. Wir müssen auf Scheidemanns Vorschlag (sc. das konservative durchgeführte parlamentarische System) eingehen. Gegen Dekorationsbeiräte, die tatsächlich nichts zu sagen haben. Da schrecken die Spuren. Die Entlassungen müssen sofort vorgenommen werden. Dann neue Männer, zum Teil aus dem Parlament oder aus den Parteien.“¹⁵²

Im Eintreten für ein parlamentarisches System waren sich nicht nur Richard Müller und Matthias Erzberger¹⁵³, sondern eine ganze Reihe von einflussreichen Zentrumsabgeordneten wie Constantin Fehrenbach, Carl Trimborn, Wilhelm Marx und Johannes Bell einig. Diese Parlamentarier im Vollsinne des Wortes wurden unterstützt von katholischen Presseorganen wie der ‚Germania‘, der ‚Tremonia‘, der ‚Schlesischen Volkszeitung‘ und der ‚Augsburger Postzeitung‘. Ihnen gegenüber standen bürgerliche Traditionalisten um Adolf Gröber, die diese Aussichten mit dem Hinweis auf eine Linksmehrheit skeptisch beurteilten.¹⁵⁴ Müller war gleichfalls überzeugt von der Umnkehrbarkeit der historischen Entwicklung weg vom preußischen Gedanken- und dem Vorkriegssystem. Am 21. September 1918 – unmittelbar vor dem Übergang zur parlamentarischen Monarchie – schrieb er an den Grafen Hertling, „er solle seine Gesundheit nicht opfern, Preußen danke es ihm nicht“. Auch später ließ Müller, der durch die Flottenpolitik Innenansichten des wilhelminischen Staates gewonnen hatte, kein gutes Haar am Preußentum und an der Person Wilhelms II.¹⁵⁵ Die Denkschrift der Mehrheitsparteien Zentrum, Linksliberale und MSPD zur politischen Entwicklung Deutschlands vom 22. September 1918 ging auf Aufzeichnungen zurück, die Müller am 15. September 1918 gemacht hatte.¹⁵⁶ Diese Aufzeichnungen zeigten wie selten zuvor Müllers Abneigung gegen die Vertreter des Gewaltfriedens auf Seiten der politischen Rechten. Seine Aufzeichnungen kulminierten in der Forderung, die bisherigen Kräfte, die einen Frieden verhinderten, abzulösen:

„Eine Abhilfe dieser Übelstände ist dringend erforderlich, wenn der kleine Rest von Vertrauen im Lande erhalten bleiben soll. Man kann nicht eine Politik der Verständigung proklamieren und die gesamte ausübende Macht den Anhängern der Gewaltpolitik anvertrauen, ohne jedes Vertrauen im In- und Auslande zu verlieren.“¹⁵⁷

Bezeichnenderweise unterzeichnete Müller noch am 8. November 1918 den letzten Antrag des kaiserlichen Reichstages zur Wahlrechtsfrage, bevor die Revolution ihn gegenstandslos machte.¹⁵⁸ Am Tag darauf war Müller Augen- und Ohrenzeuge der Vorgänge in Berlin bzw. im Reichstag, als Philipp Scheidemann die Republik ausrief. Müllers Schilderung der Vorgänge im Reichstag am 9. November 1918 kam zwar aus der Distanz von zehn Jahren. Dennoch enthielt diese Schilderung genaue Angaben zum Vorgang der Republikgründung und zählt zu den wichtigsten Texten zum 9. November 1918 im Reichstag.¹⁵⁹ Müller, der schon lange vor 1914 für die Parlamentarisierung eingetreten war, mokierte sich darin neben allerlei Detailkorrekturen vor allem über

den revolutionär-heroischen Charakter des Übergangs zur Republik.¹⁶⁰ Müller fuhr in den Revolutionstagen nach Hause und schrieb an Pfarrer Atzert:

Reichstagsabgeordneter bin ich nicht mehr, sondern einfach nur noch Richard Müller, aber nicht derjenige Richard Müller, der z.Zt. in Berlin oberster Vollzugsrat des A.u.S.Rats (sc. Arbeiter- und Soldatenrat), also etwa „Höchstkommandierender“ ist und täglich Diktate im Reichsanzeiger publiziert.¹⁶¹

Müllers politisches Engagement kreiste im letzten Jahr seiner parlamentarischen Tätigkeit vor allem um zwei Pole: Zum einen kümmerte er sich verstärkt um den Übergang in das neue politische System auf lokaler Ebene in Fulda, zum anderen wirkte er auf Zentrumsseite beim Abschluß des Friedensvertrages und der Erarbeitung der Verfassung mit. Müller war führend beteiligt bei der Umstellung der Zentrumspartei auf die neuen Verhältnisse. Er gehörte zu den Verfassern des Wahlauftrags der Zentrumspartei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetzlar zur Wahl der Nationalversammlung vom 11. Januar 1919. Das Zentrum trat darin ein „für eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Schutz und zur Förderung aller Stände in Stadt und Land, der Handwerker, Bauern, Angestellten, Beamten und des gesamten Mittelstandes“ genauso wie für neue „sozialpolitische Gesetze zugunsten der Arbeiter“.¹⁶² Da der ehemalige Wahlkreis Fulda-Gersfeld-Schlüchtern mit 14.000 die meisten kurhessischen Zentrumsstimmen gestellt hatte, wurden ihm im neuen Listenwahlverfahren, das das reiche Mehrheitswahlrecht ablöste, zwei Listenplätze zugebilligt. In der Kandidatenauswahl setzte man auf eine Mischung aus Bewährtem und Neuem. Nominiert wurden der algeredigte Reichstagsabgeordnete Richard Müller und der Zentrumspolitiker, Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat und Volksvereinssekretär Wilhelm Frank. Der Industrielle Richard Müller stand dem Funktionär Wilhelm Frank, der ihn später ablösen sollte, deutlich skeptisch gegenüber, war dieser doch durch seine berufliche Tätigkeit eng an die Zentrumspartei gebunden und wenig unabhängig.

„Ich weiß, daß man Herrn Franks Einfluß nicht gerne sieht, allein Arnd hat uns ihn damals aufoktroirt, nicht nach meinem Wunsch ist er auf diese Liste gesetzt worden.“¹⁶³

Am 19. Januar 1919 wurde Müller erneut in die Verfassungsgebende Nationalversammlung nach Berlin gewählt. Mit 74,3 % erhielt er im erweiterten Kreis der Wähler des Landkreises Fulda eine Zustimmung, die an die Ergebnisse von 1912 anknüpfte.¹⁶⁴ Vor allem bei der Kandidatenaufstellung des Zentrums zu den Kreistags-, Kreisausschuß- und Kommunallandtagswahlen wirkte Müller mit, um vor Ort dem Zentrum seine dominierende Stellung zu sichern. Ebenso schaltete er sich ein, als es darum ging, in welcher Form sich die katholischen Landwirte organisieren würden. Er trat für die Christlichen Bauernvereine ein und wehrte sich entschieden gegen jede Zusammenarbeit mit den Nachfolgeorganisationen des agrarisch-konservativen BdL.¹⁶⁵

In der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung fand eine deutliche Verschiebung der politischen Gewichte nach links statt, ohne daß der Zentrumsdemokrat Müller davon profitiert hätte. Die maßgeblichen Politiker entstammten einer jüngeren Generation und vertraten die sozialen Interessen der Arbeiterschaft, oder des Mittelstandes. Müllers Stellung nach den Wahlen vom Januar 1919 beruhte vor allem auf seiner jahrzehntelangen Erfahrung. Seine Kenntnisse des parlamentarischen Betriebes und der Finanzgeschäfte brachten ihn auf die Liste der möglichen Ministerkandidaten des Zentrums, die am 8. Februar 1919 kursierte. Müller lehnte aus Altersgründen ab:

„Weder ich noch Herold haben ein Ministerium angenommen, weil wir zu alt dazu sind, jetzt müssen Bell, Giesberts und Erzberger herhalten.“¹⁶⁷

Skeptisch war er bezüglich der politischen Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der MSPD. Müller leiteten dabei vor allem Befürchtungen neuer kulturkämpferischer Bestrebungen, denen das Zentrum schwerer begegnen konnte, wenn es in das Kabinett eingebunden war. Am 9. Februar 1919, also zwei Tage vor der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten, schrieb Müller an Pfarrer Atzert aus Weimar:

„Hier spielt sich die Sache ganz anders ab, als manche glauben. Seitens der Soz.d. wird unsere Mitarbeit ernstlich gewünscht, ob wir aber einig werden, hängt von dem sachlichen Kompromiß ab, der noch abgeschlossen werden soll unter den 3 Hauptparteien. Ich persönlich lehne ab, doch würde es mich freuen, wenn wir den ganzen Kulturkampf schon jetzt tot machen könnten.“¹⁶⁸

Müllers verbliebener politischer Ehrgeiz galt der Verfassung und dem Friedensschluß. Hierin fanden seine politischen Anstrengungen während des Krieges ihren Niederschlag. Er stimmte dem umstrittenen und von der Rechten erbittert bekämpften Versailler Friedensvertrag genauso zu wie alle seine Zentrumskollegen aus Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt. Zwei Tage vor der Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung und unmittelbar nach dem Auseinanderbrechen der Weimarer Koalition schrieb Müller an Atzert:

„Friedensschluß. Ich sowohl wie unsere Leute aus Hessen Nassau und Darmhessen sind einstimmig für die Annahme eingetreten, mit Ausschluß der Ehrenfrage-Art. 227-231 (Auslieferung und Schuldbekennnis). 3/4 der Fraktion steht auf unserem Standpunkt, das andere 1/4 (Oberschlesien, Saur u. die Weiblichen) sind dagegen! Aber die Demokraten sagen nein, deshalb ist alles ungewiß. Heute Nacht Kabinettskrisis eingetreten. Ihre (sc. Atzerts) Zustimmung ist mir sehr wertvoll, da sie aus klarer Überlegung kommt und nicht interessiert ist. Möge uns Gott vor dem neuen Kriege bewahren. Es sind schwere Tage und Nächte.“¹⁶⁹

In der umstrittenen Frage der Dauer der 1919 gewählten Parlamente nach Erledigung ihrer Aufgaben, d.h. nach Annahme des Friedensvertrages und Verabschiedung der Verfassung, arbeitete Müller darauf hin, die verfassung-

gebenden Versammlungen im Reich und in Preußen auf drei Jahre bestehen zu lassen und erst dann neu zu wählen.¹⁷⁰ Diese Zeit wollte er dazu nutzen, rechtzeitig zurückzutreten, um seinem Nachfolger Wilhelm Frank die Gelegenheit zur Einarbeitung zu geben. Müllers Wunsch war es, nicht mehr von Weimar nach Berlin mit umzuziehen, sondern am Ende der Weimarer Tagungsperiode sein Mandat niederzulegen. Da er Neuwahlen im Winter annahm, befürchtete er bei einem späteren Rücktritt Schwierigkeiten.

Am 11. August 1919 wurde die Weimarer Verfassung mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Am Tag darauf teilte er seinen bevorstehenden Rücktritt an Emil Atzer¹⁷¹ mit, unter dem 16. August dem Fuldaer Zentrumspolitiker Arnd. Arnd informierte er, daß sein Nachfolger Wilhelm Frank bei der Volksvereinszentrale bereits um Urlaub gebeten habe, um alsbald für Müller nachzurücken.

„Dazu ist jetzt wohl die beste Veranlassung, nachdem Verfassung und Friedensschluß erledigt sind. Andere wirtschaftliche und finanzielle Fragen wird es immer wieder geben, ich kann dem Ende nicht abwarten, da ich nicht mehr die Kraft habe, wie früher zu arbeiten und dadurch verhundert bin, meine Ansichten durchzusetzen. Ohnehin wird die Nat. Vers. nicht allzu lange mehr dauern, da es im Dez. oder Januar Neuwahlen geben soll.“¹⁷²

Müllers Planungen verzögerten sich: Weder wurde im Winter 1919/20 gewählt, noch ließ sich sein Rücktritt am 15. September realisieren. Nach sechszwanzigeinhalb Jahren parlamentarischer Arbeit trat er am 26. Februar 1920 von seinem Mandat zurück.¹⁷³

6. Richard Müller als Parlamentarier: Zentrumspolitik zwischen 1893 und 1920

Seine politischen Lebensziele nach der Novemberrevolution beschrieb Richard Müller in einer Antwort an den Herausgeber des Handbuchs, zur Nationalversammlung Georg Maas:

„Frieden, Ordnung und gesetzliche Zustände herbeizuführen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern.“¹⁷⁴

Hierin wurde Müllers hohe Wertschätzung des Rechtsstaates sichtbar.¹⁷⁵ Rechtsstaat und Parlamentsrechte gegen die Einredeversuche der Krone und der Reichsleitung zu sichern, war Müllers Leitlinie schon vor 1914 gewesen, als er, die Budgetrechte des Reichstages im Blick, sich gegen die überbordende Marinierüstung zur Wehr setzte. Es muß hingegen offenbleiben, ob beides, gesetzliche Bindung von Herrschaft und die Rechte der Volksvertretung, für Müller politische Werte an sich darstellten oder ob sie eingebunden blieben in eine übergreifende katholische Weltanschauung und dieser zum Mittel dienten. Seine Äußerungen Carl Bachem gegenüber zur Zeit seiner Rücktrittsbitten 1904/05 können sowohl die Wut eines enttäuschten Parlamentariers über die Entrechtung des Parlamentes ausdrücken wie auch die Frustration

über das ausbleibende Entgegenkommen der Reichsführung in der Frage des Jesuitengesetzes und der Vertretung der Katholiken in den Ministerien. Zumindest aber seine Ablehnung des Kompromisses zwischen Zentrum und MSPD in der Schulfrage, die schlechthin essentiell wurde für das Zustandekommen der Weimarer Koalition und für die Weimarer Demokratie im Ganzen, deutete auf erhebliche Reserven gegenüber dem konsequenten Parlamentarismus hin.

Richard Müller war in erster Linie nach den vorliegenden Quellen ein Mann der Zentrumsfraktion und der tagtäglichen Kleinarbeit in Ausschüssen und Kommissionen, weniger hingegen ein politischer Führer der Zentrumspartei. Müller wagte sich nicht in die politische Programmatik, und nur spärliche Nachrichten geben überhaupt Auskunft über Zielvorstellungen seiner parlamentarischen Tätigkeit. Lange Zeit spiegelte er so den Zustand der Zentrumspartei, die sich gleichfalls über ihre Wahlkomitees und Fraktionen konstruierte. Sein Rücktritt fällt in die Zeit des Aufbaues einer nationalen und regionalen Parteiorganisation mit moderner Mitgliederwerbung und professioneller Wählermobilisierung. Müller waren diese Tendenzen fremd: Seine politische Arbeit war zwar eingebunden in die Reichstagsfraktion des Zentrums, er blieb indessen ein politischer Einzelgänger, der vor allem pragmatischen Überzeugungen folgte. Sein umfangreiches Privatvermögen begünstigte diese Selbständigkeit und relative Unabhängigkeit von politischen Vorgaben der Partei. So bestritt er etwa die Wahlkampfkosten aus dem eigenen Vermögen. So wandte er im Reichstagswahlkampf 1903 für die fünf Wahlkreise, in denen er kandidierte, 21.000 Mark auf.¹⁷⁶ Diese innere Distanz des Honoratiorenpolitikers Richard Müller zum Zeitalter des politischen Massenmarktes mag letztlich dafür verantwortlich sein, daß nicht der herausragende Steuer- und Finanzexperte des Zentrums Müller, sondern der Autodidakt und Populist Erzberger 1919 das Amt des Reichsfinanzministers erhielt. Richard Müller war unzeitgemäß geworden. Seine politische Vorstellungswelt war den Konfliktlagen und Problemkonstellationen vor 1914 verhaftet gewesen.

In die Politik der Weimarer Zentrumspartei ragte Richard Müller eigenartig unvermittelt hinein. Der gestiegenen Bedeutung materieller Interessen im politischen Katholizismus setzte er die Parole der Rückkehr zur Einheit entgegen. Spätestens in der Kandidatur des Volksvereinssekretärs Wilhelm Frank brach sich der Wechsel vom materiell sarutierten gutbürgerlichen Parlamentarier hin zum Partei- und Verbandsfunktionär Bahn. Dieser Professionalisierungsschub brachte in Fulda nach 1920 eine völlig neue Politikergeneration ans Ruder: Im Reichstag zuerst den Landwirt Karl Herbert aus Zirkenbach, der auf Wilhelm Frank folgte und vom Juni 1920 bis zum Mai 1924 Fulda im Reichstag vertrat, von 1914 bis 1933 den geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlichen Bauernvereine August Crone-Münzebrock, im Landtag ab 1921 den Christlichen Gewerkschaftsfunktionär Karl Schmitt als Arbeitervertreter. Eigenartigerweise unterstützte Richard Müller selbst dieses Vordringen der Ständekandidaturen. Er favorisierte 1919 für den Fall, daß das Zentrum weiterhin drei Mandate in Ostthessen gewinnen könnte

(eines für den Reichstag, zwei für den Landtag), eine Repräsentation aller sozialen Schichten:

„Dann sollte aber dabei ein Bauer, ein Arbeiter und einer den gebildeten Berufen Angehöriger sein (Geistlicher, Jurist oder dergl.).“¹⁷⁷

Nachdem Persönlichkeiten wie Richard Müller noch in relativer Balance zwischen den sozialen Gruppen gestanden hatten, spielten nun die materiellen sozialen Interessen eine viel wichtigere Rolle. Sie bestimmten weitgehend die innere Geschichte der Zentrumspartei bis zur Konfrontation mit dem Nationalsozialismus.¹⁷⁸ Richard Müller konnte nach dem für das Zentrum katastrophalen Verlauf des Volksentscheides über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstentümer am 20. Juni 1926 in einem Brief an Reichskanzler Wilhelm Marx nur noch resigniert feststellen:

„Beim ‚Volksentscheid‘ sind im Regierungsbezirk Kassel fast 40 % Zentrumswähler abgefallen; diese können wir auch mit den gelehrtsten theoretischen Erörterungen nicht wieder beiholen. Dazu gehört schon eine positive Leistung.“¹⁷⁹

Zu dieser positiven Leistung war das Zentrum in der Phase der relativen Stabilisierung zwischen 1924 und 1930 weniger denn je in der Lage. Müller, der 1919 selbst den sozialen Proporz zwischen den verschiedenen Schichten Fuldas in der parlamentarischen Vertretung gefordert hatte, mußte die Folgen dieser wohl unausweichlichen Entwicklung erleben: Das Zentrum zerbrach sich je länger je mehr zwischen den Forderungen der Agrarier, der Arbeiter und des Mittelstandes, hatte den Ansprüchen von Stadt- und Landbevölkerung Rechnung zu tragen und befand sich in Koalitionen eingebunden. Politische Einzelpersonen mit einem eigenständigen Urteilsvermögen traten zunehmend hinter Sachzwängen sozialer Interessen zurück. Erst die erneute Kulturkampfsituation ab 1930 bereitete dem Niedergang des Zentrums ein freilich nur vorläufiges Ende.

Geradezu tragisch mutete hingegen Müllers weiterer Lebensweg an. Als Fabrik- und Grundbesitzer in seinen Einstellungen ganz an die Lebensführung eines Privatrentiers mit erheblichem Barvermögen gewohnt, wurde Müller durch die Hyperinflation des Jahres 1923 faktisch enteignet, und nur wenig aus seinem umfangreichen Vermögen blieb ihm erhalten. Auch die kriegsbedingte Inflation nach 1921 und danach die Hyperinflation des Jahres 1923 konnte sein Vertrauen in die übergreifende Verlässlichkeit wirtschaftlicher Prinzipien nicht erschüttern. Er behielt nicht nur seinen Kapitalbesitz bei und weigerte sich, ihn in Sachwerte umzuwandeln. Seine Lage wurde endgültig prekär, als er seinen Grundbesitz veräußerte. Müller erwartete nach 1923 ein Aufwertungsgesetz für die in der Inflation verlorenen Vermögen und insbesondere für die im Kriege geleisteten Anleihen. Diese Entschädigung der Inflationsgeschädigten trat trotz scharfer politischer Debatte zwischen 1924 und 1926 nicht in nennenswertem Umfang ein.¹⁸⁰ Müller, geprägt durch wirtschaftliche und politische Seriosität, konnte sich nicht vorstellen, daß die Politik eine karte Entteignung des kapitalbesitzenden Bürgertums hinnehmen würde. Richard Müller starb wenige Tage nach seinem 80. Geburtstag am 14. November 1931 in Fulda.

Anmerkungen

- Der Verfasser dankt Herrn Ernst H. Plesser (Königstein), ohne dessen großzügige Unterstützung diese Studie nicht möglich gewesen wäre. Zum einflußreichen Zentrumsabgeordneten Richard Müller(-Fulda) existiert bisher keinerlei vertiefende biographische Studie. Vgl. lediglich die lokalgeschichtlich inspirierten Erläuterungen bei Johannes Kramer, Müller-Fulda als Parlamentarier, in: Vergangenheit spricht zur Gegenwart, Beilage zur Fuldaer Volkszeitung, 27.11.1953; Ludwig Müller, Müller-Fulda: Ein Millionär, der niemals einen Frack besaß, in: Fuldaer Zeitung, 1.10.1983; Eduard Schmitt, Reichstagsabgeordneter Richard Müller-Fulda privat, in: Buchenblätter 28 (1955), 3-4, 11.
- Zur politischen Umorientierung des Zentrums in den frühen 1890er Jahren vgl. Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984, 51-61, 53. Zu den Zentrumsdemokraten bzw. der demokratischen Koalition im Zentrum vgl. ebd., 94-98, 103-126.
- Vgl. Thomas Kühne, Handbuch der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994, 663 sowie Siegfried Weichlein, Konfession und Region. Katholische Milieubildung am Beispiel Fuldas, in: Olaf Blaschke / Frank-Michael Kuhlmann (Hgg.), Religion im Kaiserreich. Mentalitäten - Milieus - Krisen, Gütersloh (erscheint 1994).
- Zum Antrag Huene vgl. Loth, Katholiken, 49f sowie Carl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. 9 Bde., Bd.5, Köln 1929, 289-291.
- Zur Reichstagswahl von 1893 und zum Wahlkampf des Amstrates Carl Thaler vgl. die umfanglichen Aufzeichnungen in Joseph Johannis, Chronica Fuldensis 1802-1895, Ad 1893, in: Bibliothek des Bischöflichen Priesterseminars Fulda. Amstrat Thaler wurde vom ‚Fuldaer Kreisblatt‘ publizistisch unterstützt. Vgl. Fuldaer Kreisblatt, 30. 5. 1893 u.ö.
- Vgl. Fuldaer Zeitung, 24. 5. 1893. Die ländliche Geistlichkeit, die den agrarischen Interessen nahestand und der eine entscheidende Vermittlerfunktion zukam, unterstützte die Kandidatur Müllers. „Herr Pfarrer Kiel aus Lahrbach äußerte sich dahin, daß er anfangs der Kandidatur eines Industriellen im Interesse der Landbevölkerung mit wenig Sympathie begegnet sei, aber jetzt, nachdem er aus dem Munde des Wahlkandidaten selbst dessen politische Grundsätze gehört habe, rückhaltlos für die Wahl desselben eintreten und wirken werde“ (ebd.).
- Fuldaer Zeitung, 24. 5. 1893. In der Arbeiterfrage trat Müller für einen Ausbau der Sozialpolitik und eine Senkung des Rentenalters ein.
- Vgl. Aus den Anfängen der Fuldaer Industrie. Der Lebenslauf des Kommerzienrates Burkhard Müller, in: Buchenblätter 29 (1956), Nr. 5, 6, 7.
- Zu Müllers Abstimmungsverhalten vgl. seine späteren Ausführungen in: Stenographische Berichte des Reichstages Bd.145, 65. Sitzung vom 20. 3. 1896, 1590 B. Vgl. ebenso Loth, Katholiken, 55.
- Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd.9, 214. Vgl. Johannes Kramer, Müller-Fulda als Parlamentarier, in: Vergangenheit spricht zur Gegenwart, Beilage zur Fuldaer Volkszeitung 6 (1953), Nr. 11, 27. 11. 1953, 41f.
- Die Aufgabe der Haushaltsfinanzierung und -sanierung wurde nicht zuletzt durch diese Militärausgaben immer drängender. Mit der gescheiterten Miquelschen Reichsfinanzreform des preussischen Finanzministers von 1893 begann daraufhin die Reihe der groß angelegten Sanierungsversuche des Reichshaushaltes. Miquel hatte über neue Steuern 100 Millionen zu erwirtschaften versucht, von denen 60 Millionen zur Deckung der Militärvorlage und die übrigen 40 Millionen als Rente an die Einzelstaaten zur Abschaffung der Matrikularbeiträge dienen sollten. Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd.9, 215.
- Vgl. Richard Müller(-Fulda), Die Schulden des Deutschen Reiches und der Antrag Dr. Lieber, Fulda 1896, 6.

- 13 Stenographische Berichte des Reichstages, Bd. 139, 43. Sitzung vom 21. 2. 1895, 1032-1033, 1032 f.
- 14 Ebd. 1032 f.
- 15 Bachem, Geschichte der Zentrumsparthei, Bd. 9, 210 f. „In dieser Zeit und noch für lange Jahre bestand die Taktik der Reichsregierung bei Aufstellung des Etats darin, zuerst einen Etat vorzulegen, welcher durch niedrige Veranschlagung der zu erwartenden Einnahmen und durch Einsetzung hoher Ausgaben einen Unterschied ausrechnet, welcher durch neue Steuern gedeckt werden mußte. Waren diese neuen Steuern bewilligt, so wurde ein Etat vorgelegt, welcher durch hohe Veranschlagung der voraussichtlichen Einnahmen einen Überschuß herausrechnet, welcher dann benutzt werden sollte, um hohe Neuforderungen für Militär-, Marine und Kolonialzwecke als durchaus tragbar erscheinen zu lassen.“ ebd., 211.
- 16 Stenographische Berichte des Reichstages, Bd. 139, 49. Sitzung vom 1. 3. 1895, 1192.
- 17 Vgl. Stenographische Berichte des Reichstages Bd. 139, 49. Sitzung, 1. 3. 1895, 1192-1193 sowie ebd., 1199.
- 18 Der „Antrag Dr. Lieber“ ist abgedruckt in: Müller, Die Schulden des Deutschen Reiches, 8 f. Zum Antrag Lieber vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparthei, Bd. 9, 215-223, 220 f. Im Kern bezweckte der Antrag Liebers, „von dem Mehrbetrag der Überweisungen, welche für 1895/96 und 1896/97 zu erwarten wären, die Hälfte zur Verminderung der Reichsschuld zurückzuhalten.“ ebd., 220.
- 19 Weitere Schuldentilgungsgesetze ergingen am 31. März 1898, am 25. März 1899 und am 30. März 1900. Vgl. ebd., 221.
- 20 Vgl. hierzu Loth, Katholiken, 62-75.
- 21 Vgl. Wolfgang Petter, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Othmar Hackl und Manfred Messerschmidt, Abschnitt VIII, München 1979, 13-262, 166 ff.
- 22 Zur Flottenvorlage und -diskussion von 1897/98 vgl. Hans Hallmann, Der Weg zum deutschen Schlachtfloottenbau, Stuttgart 1933, 213 ff; Eckart Kehr, Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930, 131 ff; Herbert Gottwald, Der Umfall des Zentrums. Die Stellung der Zentrumsparthei zur Flottenvorlage von 1897, in: Fritz Klein (Hrsg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, Berlin 1976, 181-224 sowie Loth, Katholiken, 64 ff.
- 23 Vgl. Loth, Katholiken, 65; Hallmann, Schlachtfloottenbau, 215.
- 24 Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparthei, Bd. 5, 462 f.
- 25 Vgl. ebd., 463.
- 26 Vgl. Kehr, Schlachtfloottenbau, 120 ff. Diese Vorlage ging am 30. 11. 1897 dem Reichstag zu. Vgl. Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages 9. Legislaturperiode V. Session 1897/98, Drucksachen Nr. 4. Die Denkschrift über die Seeinteressen in: ebd., Nr. 5.
- 27 Vgl. Loth, Katholiken, 66 f. Zudem sollte die Einführung des Geschwaderprinzips den „uferlosen Marineplänen“ des Kaisers Einhalt gebieten. Zum Geschwaderprinzip vgl. Petter, Deutsche Flottenrüstung, 194 f.
- 28 Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparthei, Bd. 5, 476.
- 29 Vgl. hierzu Loth, Katholiken, 65 ff.
- 30 Vgl. Parvus, Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen, Dresden 1898.
- 31 Eugen Richter, Flotte und Flottengesetz, Berlin Januar 1898.
- 32 Köln. 1898. Gekürzte Fassung dieser Schrift in: Kölnische Volkszeitung, 18. 1. 1898.
- 33 Vgl. Kehr, Schlachtfloottenbau, 140 Anm. 4.
- 34 Tägliche Rundschau Nr. 26, 1. 2. 1898 zit. Kehr, Schlachtfloottenbau, 140 f. ebd., 141.

- 35 Vgl. ebd. Es überrascht daher nicht, daß Müller(-Fulda) im Unterschied zur vorangegangenen Session im Winter 1897/98 nicht als Redner des Zentrums in Erscheinung trat. Es findet sich keine einzige Wortmeldung Müllers im Reichstag zur Marinevorlage im Frühjahr 1898. Diesen zeitlichen Zusammenhang (Debatte nach der Broschüre Müllers) überzieht Kehr, Schlachtfloottenbau, 141 Anm. 6. Müller ergriff allerdings das Wort in der 24. Sitzung der Budgetkommission am 26. 2. 1898, in der er davor warnte, die Gunst der Finanzlage nicht zu überschätzen. In diesem Punkt waren sich Lieber und Müller einig. Vgl. Wilhelm Gerloff, Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches nebst ihren Beziehungen zu den Landes- und Gemeindefinanzen von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zur Gegenwart, Jena 1913, 350.
- 36 Der Grenzboten Nr. 4 zit.: Kehr, Schlachtfloottenbau, 141.
- 37 Germania, 23. 1. 1898.
- 38 Müller, Marinevorlage, 25.
- 39 Müller, Marinevorlage, 27.
- 40 Stenographische Berichte des Reichstages Bd. 149, 194. Sitzung, 18. 3. 1897, 5157-5161, 5159. Diese Position in der Germania Nr. 173, 1. 8. 1897 und der Kölnischen Volkszeitung 2. 11. 1894. Vgl. Gottwald, Zentrumsparthei und Flottenvorlage, 185.
- 41 Vgl. Müller, Flottenvorlage, 36-39.
- 42 Vgl. Müller, Flottenvorlage, 43. Es handelte sich um eine Reichstagsrede vom 14. Januar 1895.
- 43 Konsequenterweise forderte er in der Budgetkommission zur Finanzierung der Flottenvorlage eine „Interessentenbesteuerung“, die Handel, Schifffahrt und im Ausland lebende Deutsche entrichten sollten, sowie eine steuerliche Erfassung der über 300.000 Mark hinausgehenden Vermögen. Vgl. Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, 353.
- 44 Stenographische Berichte des Reichstages Bd. 149, 194. Sitzung, 18. 3. 1897, 5157-5161, 5161. Diese Position in der Germania Nr. 173, 1. 8. 1897 und der Kölnischen Volkszeitung 2. 11. 1894. Vgl. Gottwald, Zentrumsparthei und Flottenvorlage, 185.
- 45 Bachem, Geschichte der Zentrumsparthei, Bd. 5, 462.
- 46 Zur Diskussion um die Flottenvorlage vgl. die von Müller inspirierten Artikel in Fuldaer Zeitung, 20. 1. 1898 (Zur Flottenvorlage) sowie ebd., 25. 2. 1898, 28. 2. 1898 (Die Flottenvorlage vor der Budgetkommission), 2. 3. 1898 (Zur Flottenvorlage), 3. 3. 1898 (Die Flottenvorlage in der Budgetkommission), 4. 3. 1898 (Weiteres zur Flottenvorlage), 7. 3. 1898 (Der neue Flottenbauplan nach dem Antrag Müller-Fulda), 11. 3. 1898 (Flottenvorlage und Zentrum), 21. 3. 1898 (Die Flottenvorlage).
- 47 „Die Behauptungen, welche angeblich von dem bisherigen Abgeordneten Müller-Fulda aufgestellt sind, und die Andeutungen der ‚Germania‘ tragen, da sie beweislos gelassen sind, den Charakter einer *unverantwortlichen Frivolität*.“ Neue Politische Nachrichten“ zit. in: Fuldaer Zeitung vom 31. 5. 1898 (Hervorhebung im Original). Müllers Position u. a. in: Fuldaer Zeitung, 8. 6. 1898 (Reichstagswahlrecht und Social-reform).
- 48 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 14. 5. 1898, in: Historisches Archiv der Stadt Köln (= HASTK), Nachlaß 1006 Bachem (= NL 1006), Nr. 86 (Hervorhebungen im Original).
- 49 ebd. (Hervorhebungen im Original). Dieses sehr frühe Stichwahlprojekt zwischen Zentrum und SPD wurde in der Forschung bisher wenig beachtet. Vgl. dagegen David Blackburn, The Problem of Democratization: German Catholics and the Role of the Centre Party, in: Richard J. Evans (Ed.), Society and Politics in Wilhelmine Germany, London 1978, 160-185, 175 mit Hinweis auf Richard Müller.
- 50 Schreiben Carl Bachem an Richard Müller vom 20. 5. 1898 in: HASTK NL 1006 Nr. 86.
- 51 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 22. 5. 1898, in: ebd. (Hervorhebungen im Original).
- 52 Schreiben Carl Bachem an Richard Müller vom 27. 5. 1898 in: ebd.

- 53 Vgl. Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 27. 5. 1898, in: ebd. In diesem Schreiben geht er auf die „Erklärung auf Ehrenwort“ des nationalliberalen Parteiführers Bennigsen in der Flottenfrage vor der Budgetkommission am 9. März 1897 ein.
- 54 Am 22. Mai 1898 hatte er noch an Bachem geschrieben: „Ich wünsche Ihnen recht guten Erfolg und im übrigen einen Anzukunftreichstag ohne mich.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 22. 5. 1898, in: ebd. (Hervorhebungen im Original). Unklar sind die Gründe. Zum einen erscheint es möglich, daß er vergeblich seinen alten Wahlkreis Fulda wiedergewinnen wollte. Zum anderen kann die von Müller nicht befürwortete Flottenvorlage hierfür Ursache sein. Für letzteres spricht die Mitteilung des preussischen Landtagsabgeordneten Robert Kircher in der Fuldaer Zeitung vom 21. 5. 1898, Müller habe ihm gegenüber schon vor zwei Jahren, also 1896, geäußert, er werde kein Mandat mehr annehmen.
- 55 „Ich habe H. H. U. (= Höchst-Homburg-Usingen) auch nur auf Liebers Befehl übernommen, sonst hätte ich meinen sicheren Wahlkreis behalten können.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 31. 5. 1898, in: HASTK NL 1006, Nr. 86.
- 56 Ebd. An Stelle Müllers war zuerst „mit Rücksicht auf den vielfach ausgesprochenen Wunsch“ im Wahlkreis nach einem geeigneten Kandidaten gesucht worden. Auswärtige Blätter empfahlen daraufhin den Fuldaer Industriellen F. C. Bellingier. Dieser zog indessen seine zuerst gegebene Zusage später wieder zurück. Carl Herold (1848–1931) war von 1890 bis 1918 preussischer Landtagsabgeordneter und ein führender Agrarpolitiker des Zentrums im Kaiserreich und in der Weimarer Republik.
- 57 Generalbericht des Fuldaer Landrates an den Regierungspräsidenten in Cassel vom 31. 5. 1898, in: Stadtarchiv Fulda (= StA Fulda). Steffens war gegen die Fuldaer Zeitung gerichtlich vorgegangen, da diese die Gesetzgebung den Polen und Westpreußen gegenüber als „Unterdrückung der katholischen Bevölkerung bezeichnete“. Ebd. „Die Zentrumspresse scheint noch immer nicht zur Einsicht gelangt zu sein, daß in dem Vorgehen des Abg. Müller(-Fulda) und in den neuerlichen, noch seltsameren Auslassungen des Abg. Dr. Carl Bachem eine völlig unzulässige *demagogische Wahl-mache* enthalten ist.“ Reichsanzeiger zit. in: Fuldaer Zeitung, 28. 5. 1898 (Hervorhebung im Original).
- 58 Fuldaer Zeitung, 21. 5. 1898. Die Agitation mit einem neuen Kulturkampf in: Fuldaer Zeitung, 14. 6. 1898 (Kulturkampf).
- 59 „In 4 anderen Kreisen bin ich aufgestellt, um den ‚BdL‘ zu schädigen.“ Schreiben Müllers an Bachem vom 14. 5. 1898, in: HASTK NL 1006, Nr. 86. Der „Bund deutscher Landwirte“ (BdL) diente der konservativen Partei als politische Vorfeldorganisation im agrarischen Bereich. Müller kandidierte bei den Reichstagswahlen 1898 neben dem Wahlkreis Höchst-Homburg-Usingen noch in folgenden fünf (!) Wahlkreisen des Regierungsbezirkes Kassel: Wahlkreis 1 (Hofgeismar-Rinteln-Wolfhagen, 3,1 % der abgegebenen Stimmen), Wahlkreis 2 (Kassel-Stadt, Kassel-Land, Melsungen, 2,1 %), Wahlkreis 3 (Fritzlar, Homburg, Ziegenhain, 1,3 %) und im Wahlkreis 5 (Marburg, Frankenberg, Kirchhain), wo er wegen der katholischen Minderheit 17,2 % erhielt, und im Wahlkreis 8 (Hanau-Stadt, Hanau-Land, Gelnhausen, Frankfurt-Land zum Teil). Ernst Lieber kandidierte im Wahlkreis 6 (Hersfeld, Hünfeld, Rotenburg, 25,3 %). Vgl. Thomas Klein (Hg.), Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte. Erster Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867–1918, Marburg 1989.
- 60 Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 1, 557.
- 61 „Marburg contra Hanau am 29. (Mai 1898) geordnet worden. Ich habe in M(arburg) wenig Aussichten, es ist zum Iten male, daß ein Centrumskandidat sich in diesen Wahlkreis wagt.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 31. 5. 1898, in: HASTK NL 1006, Nr. 86. Vgl. Fuldaer Zeitung, 1. 6. 1898. Die Fuldaer Zeitung begründet dieses Vorgehen Müllers: „Die Wahl eines konservativen Kandidaten muß verhindert werden, weil eine konservativ-nationalliberale Mehrheit das Reichstagswahlrecht gefährdet und allen reaktionären Plänen Vorschub leistet.“ Vgl. hierzu ebenfalls Fuldaer Zeitung, 4. 6. 1898 (Centrum und Freisinn), wo die Wahlabsprache noch einmal gerechtfertigt wird. Der Verzicht Müllers 1898 hatte sein Vorbild in dem Wind-

- horst-geförderten Rückzug des Hanauer Zentrumskandidaten bei den Kartellwahlen 1887 zugunsten des freisinnigen Kandidaten Johann Heinrich Nickel, der daraufhin in der Stichwahl denkbar knapp mit 50,2 % gegen den konservativen Kandidaten obsiegt hatte. Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 1, 481.
- 62 „Komme ich dort (sc. in Höchst-Usingen) in die Stichwahl, so muß mir der Freisinn Vorspann leisten.“ Ebd.
- 63 Vgl. Klein, Reichstagswähler, Bd. 1, 557. Müllers Kampf gegen die Sammlungspolitik erstreckte sich auch auf den Landtagswahlkampf. Am 27. 10./3. 11. 1898 kandidierte er bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus gegen den schließlich siegreichen nationalliberalen Kandidaten im Wahlkreis 239 (Wiesbaden-Land / Höchst) und erhielt 76 der 325 Wahlmännerstimmen (23,4 %). Vgl. Kühne, Handbuch der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus 1867–1918 (wie Ann. 3), 680.
- 64 Müller faßte gemeinsam mit dem Zentrumsabgeordneten Hermann Sittart die Arbeit der Zentrumsfraktion in einer 1903 in Köln erscheinenden Broschüre zusammen. Vgl. Richard Müller(-Fulda) / Hermann Sittart, Der deutsche Reichstag von 1898 bis 1903, Ein Bericht über die Tätigkeit der Zentrumsparlei in der abgelaufenen Legislaturperiode, Köln 1903.
- 65 Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 38.
- 66 Ebd., 39.
- 67 Vgl. Kehr, Schlachtfloottenbau, 203.
- 68 Ebd., 357. Kehr, Schlachtfloottenbau 201 hält die Fragen Richard Müllers wie die gesamte Verhandlung in der Kommission „nur noch für eine Komödie, um den Wählern zu zeigen, daß das Zentrum nur mit schwerem Herzen, nur durch sachliche Gründe überzeugt, nach reiflichster Überlegung die Flotte angenommen habe.“ Diese Mißinterpretation folgt dem Motto: *post hoc ergo propter hoc*.
- 69 Budgetkommission vom 27. 3. 1900, zit. in: Kehr, Schlachtfloottenbau, 202.
- 70 Vgl. Kehr, Schlachtfloottenbau, 202. Das politische Kalkül, die Konservativen für eine gemeinsame Kulturpolitik bei der Stange zu halten, spielte in der Fraktionsführung eine bedeutende Rolle.
- 71 Durch eine Erhöhung der Getreidezölle auf 5 Mark sollten etwa 60 Millionen Mehreinnahmen entstehen, die zur Deckung der Flottenvorlage ausgereicht hätten. Vgl. ebd., 358 sowie Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914, Stuttgart 1976, 162.
- 72 Er erwähnte hierbei vor allem die Zustände in Oberschlesien. Vgl. 80. Sitzung der Budgetkommission am 1. 5. 1900 zit. in: Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, 357f sowie Kehr, Schlachtfloottenbau, 203 Anm. 114. Zur Abhilfe der zunehmenden Leutenot war daran gedacht, die Aufenthaltserlaubnis der polnischen Saisonarbeiter von 10,5 auf 12 Monate zu verlängern.
- 73 Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 39f.
- 74 August Bebel am 8. 6. 1900 in: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages Bd. 171, 206. Sitzung am 8. 6. 1900, 5885.
- 75 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages Bd. 171, 204. Sitzung, 6. 6. 1900, 5838f.
- 76 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages Bd. 188, 295. Sitzung, 24. 4. 1903, 9025.
- 77 Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 48.
- 78 Diese Episode wird ebenfalls berichtet von Ernst Jäckh (Hg.), Kiderlen-Wächter, Der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß. 2. Bde, Stuttgart 1925, 2. Bd, 155. Hier wird Müller(-Fulda) als „alter, erfahrener Abgeordneter“ geschildert. Ebenso bei Alfred von Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, Stuttgart 1924, 187.
- 79 Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919, 108 f. „Er [sc. Müller(-Fulda)] regte zu unserer Freude selbst den Fortfall der Geldgrenze an, die er für eine nachteilige Beschränkung des Budgetrechtes erklärte.“ Ebd., 108. Die von Tirpitz anerkannte einflußreiche Stellung Richard Müllers in der Debatte um die Flottenrüstung belegt

- ein Vorgang aus dem Jahr 1907. Admiral Tirpitz beauftragte am 21. 6. 1907 den Vorstand des Nachrichtenbureaus des Reichsmarineamtes, während der Kieler Woche zwei Tage lang den Zentrumsabgeordneten Nacken, als „Intimus“ des einflussreichen Abgeordneten Müller(-Fulda) bezeichnet, und Hermann Sittart die Marineeinrichtungen zu zeigen, um sie so für seine Marinepläne einzunehmen. Vgl. Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914, Stuttgart 1976, 211.
- 80 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages Bd. 183, 137. Sitzung, 3992 ff., 3995. Eine ähnliche Haltung nahm Müller bei den Marinenedebatten 1903 ein. Vgl. ebd., Bd. 188, 295. Sitzung vom 24. 4. 1903, 9020 f.
- 81 Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, 332. Der Antrag wurde von den Abgeordneten Hermann Paasche, Richard Müller-Fulda und Schulz-Lupitz eingebracht.
- 82 Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 41. Stenographische Berichte des Reichstages Bd. 171, 206. Sitzung, 8. 6. 1900, 5871.
- 83 Ursula Mittmann, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976, 282 Anm. 126. Zur Debatte um die Zolltarife 1902 vgl. Peter-Christian Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des wilhelminischen Reiches, Diss. Hamburg 1970, 63–74.
- 84 Schreiben Dr. iur. Werbrum an Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 17. 4. 1904, HASTK NL 1006, Nr. 223.
- 85 In dieser Weise wurde Müllers Initiative in der Budgetkommission von freisinniger Seite bei einem Treffen Ballins mit Bremer Kaufleuten am 5. 5. 1900 verstanden. Vgl. Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln 1970, 77 f.
- 86 Klein, Reichstagswähler, Bd. 1, 439 f. Müller kandidierte im gleichen Jahr bei den preussischen Landtagswahlen im Wahlkreis 235 (Schlüchtern-Gelnhausen) gegen den konservativen Sieger Meyenschein und erhielt 52 der 256 Wahlmännerstimmen (29,3 %). Vgl. Kühne, Handbuch der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus 1867–1918 (wie Anm. 3), 668.
- 87 Zu beiden Anlässen vgl. die Schreiben Carl Bachems an Richard Müller vom 17. 1. 1904 und das Schreiben Müllers an Bachem vom 12. 1. 1905, in: HASTK NL 1006, Nr. 223. „In die Budgetkommission möchte ich nicht mehr eintreten, die triftigen Gründe dafür kann Ihnen Herr Kollege Speck mitteilen.“ Ebd.
- 88 „Sie (sc. Carl Bachem) dürfen auch überzeugt sein, daß ich den Beschlüssen der Budgetkommission, soweit solche von unseren Herren genehmigt sind, keinerlei Schwierigkeiten machen werde.“ Ebd.
- 89 Schreiben Dr. iur. Werbrum an Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 17. 4. 1904, HASTK NL 1006, Nr. 223. Zur Überanstrengung einer ganzen Reihe von Zentrumspolitikern 1904/05 vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 260 f.
- 90 Gesundheitlich war das Augenleiden weniger entscheidend als seine chronische Mitrelöhrenzündung. Sie hindert mich nicht am Arbeiten, nötigt mich aber zur Vorsicht, besonders bei schlechtem Wetter und zu einer langweiligen „Ausspül“-behandlung, die mir die Anwesenheit im Reichstage unmöglich macht. Glücklicherweise ist es mein rechtes, seit 48 Jahren (sc. seit 1858, d.h. seit dem Alter von sieben Jahren) taubes Ohr, dessen Trommelfell durchbohrt ist, das macht die Sache schmerzlos und erleichtert die Heilung.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 5. 12. 1906 in: HASTK NL 1006, Nr. 240.
- 91 Ebd.
- 92 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 18. 1. 1905, in: HASTK NL 1006, Nr. 223 (Hervorhebung im Original).
- 93 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 27. 1. 1905 in: HASTK NL 1006, Nr. 223.
- 94 „Diesen Herbst (sc. Herbst 1905) wird es ja allerdings etwas prekär werden, wenn die Bauern die Folgen der Bewilligungspolitik fühlen sollen, d.h. wenn ihnen das Joch der neuen Steuern aufgehalst werden soll, ..., die alle nur mit unserer Bewilligung zu Stande gekommen sind, und zu 150–200 Millionen neuen Steuern führen, die schließlich doch werden am kleinen Mann und Bauern hängen bleiben.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 26. 5. 1905, in: HASTK NL 1006, Nr. 240 (Hervorhebung im Original). Vgl. Loth, Katholiken, 106.
- 95 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 18. 1. 1905, in: HASTK NL 1006, Nr. 223 (Hervorhebung im Original). Zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes am 8. 3. 1904 im Bundesrat als Gegenleistung für die Zustimmung des Zentrums zur Stengelschen Reichsfinanzreform vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 209–211.
- 96 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 25. 12. 1904, in: HASTK NL 1006, Nr. 223.
- 97 Schreiben Bachem an Richard Müller vom 17. 1. 1904, in: HASTK NL 1006, (Bachem), Nr. 223.
- 98 Schreiben Carl Bachem an Richard Müller vom 22. 1. 1905 in: HASTK NL 1006, Nr. 223.
- 99 Ebd. „Unsere Centrumspolitik kann doch nun einmal auf der Diagonale aller im Centrum tätigen Kräfte sich bewegen. Sind nun die einen am Platz, die anderen nicht, so kommt eben eine falsche Diagonale heraus.“ Schreiben Carl Bachem an Richard Müller vom 5. 6. 1905 in: HASTK NL 1006, Nr. 240.
- 100 Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 27. 1. 1905 in: HASTK NL 1006, Nr. 223.
- 101 „Das sind ohnedies meine Passionen, soweit meine Zeit nicht geschäftlich in Anspruch genommen ist, was bei mir ja immer noch die Hauptsache bildet.“ Ebd. Das Josephsheim überreichte Müller dem bischöflichen Stuhl.
- 102 Ebd. Zu den Handelsverträgen von 1905 vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 6, 246–249. Zu den „neuen Kavallerieregimentern“ vgl. ebd., 254–256.
- 103 „Für einen Halbinvaliden ist der Reichstag kein geeignetes Feld der Tätigkeit mehr, deshalb will ich im Jahr 1908 einen tüchtigen Ersatzmann finden, wenn ihn das Wahlcomité acceptirt.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 5. 12. 1906 in: HASTK NL 1006, Nr. 240 (Hervorhebung im Original).
- 104 Zum Bruch Bülow's mit dem Zentrum vgl. Loth, Katholiken, 113–120.
- 105 Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 1, 445.
- 106 Vorwärts, 29. 9. 1911.
- 107 In der Stichwahl siegte der Antisemit Werner im Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rötenburg gegen Müller mit 74,5 %. Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 1, 379.
- 108 Schreiben Richard Müller an Paul Singer vom 27. 1. 1907, abgedruckt in: Vorwärts, 29. 9. 1911. Der Abdruck des Briefwechsels zwischen Müller-Fulda und dem SPD-Parteivorstand vom Januar 1907 erfolgte im September 1911 im Vorwärts nach einer Kontroverse, die der Landtagsabgeordnete des Zentrums Dr. Bell (Aachen) ausgelöst hatte. Bell hatte nach sozialdemokratischen Berichten, das Zentrum sei gegen links nicht konsequent, behauptet, im Januar 1907 sei von sozialdemokratischer Seite dem Zentrum ein Bündnisangebot unterbreitet worden, das von der Zentrumsfraktion einmütig abgelehnt worden sei. Daraufhin ersuchte der Parteivorstand der SPD Richard Müller um die Ermächtigung, dessen Briefe an Singer vom Januar 1907 veröffentlicht zu dürfen. Müller stimmte zu unter der Bedingung, daß auch Bebel's Brief an ihn vom 28. 1. 1907 veröffentlicht würde. Vgl. Kölnische Volkszeitung, 28. 9. 1911.
- 109 Vorwärts, 29. 9. 1911. Dort der Brief August Bebel's an Richard Müller vom 28. 1. 1907.
- 110 Protokoll der Kölner Stichwahlkonferenz vom 29. 1. 1907 zit. Loth, Katholiken, 127 Anm. 106. Vgl. gleichfalls Mitmann, Fraktion und Partei, 105 Anm. 116.
- 111 Ebd.

- 112 Vgl. Bells Äußerungen, die zur Publikation des Briefwechsels Müllers mit Singer geführt hatten, in: Kölner Volkszeitung, 30. 9. 1911.
- 113 Protokoll der Kölner Stichwahlkonferenz vom 29. 1. 1907 zit. in: Loth, Katholiken, 127.
- 114 Schreiben Richard Müller an Paul Singer vom 30. 1. 1907 in: Vorwärts 29. 9. 1911.
- 115 Schreiben Richard Müller an Justizrat Haenser vom 24. 1. 1907 in: Reichstagsabgeordneter Richard Müller-Fulda Mitglied der Zentrumsparlei, der Vorkämpfer der Sozialdemokratie, Hg. vom Nationalliberalen Wahlverein Wiesbaden, Berlin 1907.
- 116 Schreiben Haenser an Richard Müller vom 25. 1. 1907 in: ebd.
- 117 Schreiben Eduard Bartling an Richard Müller vom 26. 1. 1907 in: ebd.
- 118 Depeschenwechsel Müller – Bartling vom 27. 1. 1907, Bartling – Müller vom 27. 1. 1907, Müller – Bartling vom 28. 1. 1907, Cahensly – Bartling vom 29. 1. 1907, Müller – Bartling vom 30. 1. 1907, Bartling – Cahensly vom 30. 1. 1907 und Cahensly – Bartling vom 31. 1. 1907 in: ebd. Ein definitiver Beschluß des Landesausschusses der national-liberalen Partei vom 1. 2. 1907 (einmütig mit zwei Enthaltungen) sah vor, für den Zentrumskandidaten in Wiesbaden I zu stimmen, wenn das Zentrum in Wiesbaden 2 für die Nationalliberalen stimmte. Depesche Bartling – Cahensly vom 1. 2. 1907 und die negative Antwort Cahenslys vom 1. 2. 1907 in: ebd.
- 119 Flugblatt Richard Müllers vom 4. 2. 1907 in: ebd. Die Überraschung der Liberalen war so groß, daß Bartling bei Müller anfragte, ob es sich etwa um eine Fälschung handle. Vgl. Depesche Bartling – Müller vom 4. 2. 1907 in: ebd. Müller deponierte umgehend zurück: „Fragliches Flugblatt enthält meine Ansicht. Am zweiten Februar dortigen Parteifreunden gegeben. Nicht Sozialdemokraten.“ Ebd.
- 120 Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 1.
- 121 „Ich selbst gedanke das Meinige (sc. Reichstagsmandat) auch bald dran zu geben, spätestens 1911, um nicht als alter Mann im Reichstag sitzen zu bleiben.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 20. 7. 1907 in: HASTK NL 1006, Nr. 287.
- 122 Thomas Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994, 301. Müller kandidierte in seinem Bemühen, den Bülowblock zu stützen, in den preußischen Landtagswahlen von 1925 gegen einen freisinnigen Abgeordneten im Wahlkreis 25 (Thorn-Kulm-Briesen), ohne irgendwelchen näheren Kontakt zu den örtlichen Gegebenheiten zu besitzen. Er errang immerhin im zweiten Wahlgang 171 von 732 Wahlmännerstimmen (23,4%). Vgl. Kühne, Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918 (wie Anm. 3), 153.
- 123 Nur im Landtagswahlkreis Hünfeld-Gersfeld verpflichteten sich die Konservativen, den ohnedies sicheren Zentrumskandidaten zu unterstützen.
- 124 Es handelte sich um den Wahlkreis Meisenheim-Rüdesheim-St. Goarshausen.
- 125 Dies belegen nicht nur zahlreiche Besuche Erzbergers bei Müller in Fulda, sondern auch die Mitarbeit Müllers an Publikationen Erzbergers, für die er Korrekturen las. Vgl. ebd.
- 126 Müllers Ausarbeitungen zur Finanzmaterie besaßen deshalb in Zentrumskreisen größere Bedeutung, „zumal ich über viele Sachen der allein informierte in unserer Fraktion bin.“ Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 15. 7. 1909 in: HASTK NL 1006, Nr. 287.
- 127 Vgl. Richard Müller(-Fulda), Die Einnahmequellen des Deutschen Reiches in den Jahren 1872–1907. Ein Beitrag zur Beurteilung des Reichsfinanzwesens, München-Gladbach 1907, ders. Die Reichsfinanzreform des Jahres 1909, Köln 1909 (abgedruckt in Einzelartikeln in: Kölnische Volkszeitung, 25. 8. 1909, 27. 8. 1909, 1. 9. 1909, 6. 9. 1909, 8. 9. 1909 und 10. 9. 1909). Zur Reichsfinanzreform von 1909 vgl. Loth, Katholiken, 166–180, Witt, Finanzpolitik, 199–316, Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, 440–477, Die Reichsfinanzreform. Ein Führer. Hrsg. von der Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform, Berlin 1909.
- 128 Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 9, 233 sowie Loth, Katholiken, 170.

- 129 Vgl. das Vorwort zu Richard Müller, Die Reichsfinanzreform des Jahres 1909, Köln 1909, 4.
- 130 Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 7, 53, Trimbom und Müller waren sich darin einig, daß es „zunächst darauf ankommen müsse, Bülow zu beseitigen.“ (HASTK NL 1006, Nr. 283) zit. in: Mittmann: Fraktion und Partei, 275 Anm. 84.
- 131 Die Zentrumsinteressen in dieser Frage waren außerordentlich zwiespältig. Zentrumskollegen des Nachlaßsteuerbefürworters Müller in der Steuerkommission waren der Nachlaßsteuergegner Karl Herold, der um die nationale Reputation des Zentrums besorgte Peter Spahn und der demokratische Agrarier Karl Friedrich Speck. Vgl. Loth, Katholiken, 170.
- 132 Vgl. Loth, Katholiken, 167.
- 133 Vgl. hierzu Loth, Katholiken, 171. Der Antrag Herold hatte gelaute: „An Stelle der nach Art. 70 der Reichsverfassung aufzubringenden nicht gedeckten Matrikularbeiträge tritt eine Abgabe, welche von den Bundesstaaten durch Besteuerung des Besitzes (Einkommens, Vermögens oder sonstigen Besitzes) aufgebracht wird.“ Text des Antrages Gamp bei Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 9, 235 f und bei Matthias Erzberger, Die Zentrumsparlei im Reichstage. Reichstagsession vom 20. Oktober 1908 bis 15. Juli 1909. Eine Übersicht über die Tätigkeit der Zentrumsfraktion in dem dritten Sessionsabschnitt der ersten Session der 12. Legislaturperiode, Berlin 1909, 95. Der Antrag Gamp lautete: „Die Bundesstaaten haben nach Maßgabe dieses Gesetzes an das Reich eine Steuer zu entrichten, die von dem Besitze erhoben wird (Besitzsteuer) und in den vom Bundesrate zu bestimmenden Fristen abzuführen ist.“ Text des Antrages Gamp bei Erzberger, Zentrumsparlei, 95 f. „Daß der Antrag von Müller(-Fulda) herrühre und nur die Etikette als Antrag Gamp trug, war ihm (sc. von Loebell, Chef der Staatskanzlei als Beauftragtem Bülows) unbekannt geblieben.“ Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 9, 236.
- 134 Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 9, 238.
- 135 Vgl. Witt, Finanzpolitik, 280.
- 136 Vgl. die Gesprächsnotizen Carl Bachems über Gespräche mit Richard Müller und Carl Trimbom vom 2. und 5. 5. 1909 in: HASTK NL 1006, Nr. 283.
- 137 Witt, Finanzpolitik, 271.
- 138 Zum Antrag Müllers vgl. Witt, Finanzpolitik, 285 sowie Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 7, 59.
- 139 Vgl. Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, 332, 468 f.
- 140 Carl Bachem charakterisierte die Rolle Müllers in der Debatte um die Reichsfinanzreform folgendermaßen: „Aber im ganzen war ihm (sc. Eugen Richter) Müller (-Fulda) an finanzpolitischer Befähigung, an praktischer finanzpolitischer Geschäftstüchtigkeit, an konstruktiver Intuition für gangbare finanzielle Wege doch weit überlegen, wenn dieser auch nicht über die pikante Rednergabe und die kraftvolle Stimme Eugen Richters verfügte. Niemand hat sich das glänzender gezeigt als bei dieser Gelegenheit (sc. Reichsfinanzreform 1909). Zugleich war Müller(-Fulda) ein überaus fleißiger Mitarbeiter der Zentrumsparlei. Durch regelmäßige Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ verstand er es, die Finanzpolitik des Zentrums den Wählern der Partei fortlaufend verständlich zu machen und zugleich den Gegnern gegenüber zu unterstützen. Wenn Eugen Richter noch gelebt hätte, würde es wohl eine interessante Konkurrenz zwischen ihm und Müller(-Fulda) gegeben haben. So aber behauptete nunmehr letzterer allein das Feld.“ Bachem, Geschichte der Zentrumsparlei, Bd. 7, 51. Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 15. 7. 1909 in: HASTK NL 1006, Nr. 287 (Hervorhebungen im Original).
- 141 Vgl. Rauh, Parlamentarisation, 134.
- 142 ebd., 138.
- 143 Die Interpretation von Rauh (ebd., 138), der Müller antiföderalistische Impulse unterstellt, verkennt die zeitgenössische Frontstellung zwischen zentralem demokratisch gewähltem Reichstag und den unter dem Einfluß der Teilmonarchien und restriktiver

- Wahlrechte zusammengesetzten Landtagen. Nicht Antiföderalismus, sondern Mißtrauen gegen die lokalen Monarchien, allenfalls Antipartikularismus gehörten zu den Motiven Müllers. In Konsequenz seiner Haltung während des Streites um die steuerliche Erfassung der Fideikomisse von 1910 beforwortete Müller in der Debatte um die Deckung der Militärvorlage von 1913 die steuerliche Belastung der Bundesfürsten. Vgl. Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd. 7, 403.
- 145 Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd. 7, 389, 391.
- 146 Vgl. Rauh, Parlamentarisierung, 275.
- 147 Vgl. Stegmann, Die Erben Bismarcks, 260, 425 f.
- 148 Zu Emil Atzert vgl. Siegfried Weichlein, Kleinstadtesellschaft und katholisches Milieu: Fulda 1866 bis 1933, erscheint in: Walter Heinemeyer / Berthold Jäger (Hgg.), Festschrift für Stadt Fulda zur 1250-Jahr-Feier, Darmstadt/Marburg 1994, passim.
- 149 Schreiben Richard Müller an Pfarrer Emil Atzert vom 13. 11. 1914 in: Bibliothek des Bischöflichen Priesterseminars Fulda Nachlaß Scheller (= NL Scheller).
- 150 Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Verhandlungen - Gutachten - Urkunden. Hg. Walter Schücking / Johannes Bell, Vierte Reihe: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Berlin 1928, Band VII, 1, 384 f.
- 151 Keimzelle des Textes der Resolution in: Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd. 9, 437 f. Zitat Müller in: Schreiben Richard Müller an Carl Bachem vom 17. 7. 1930 in: HASzK NL 1006, Nr. 104. Nach Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd. 9, 450 stammt der erste Text zur Friedensresolution aus der Feder Richard Müllers. Von Müller (Fulda) rührte der erste Entwurf des Textes her. (Ebd.) Müller will diesen Text an den Abgeordneten David Felix Waldstein von der Fortschrittlichen Volkspartei weitergegeben haben, der ihn in seiner Partei zur Diskussion stellen sollte. Neben Müller erhob der österreichisch-ungarische Außenminister Ottokar Graf Czernim Anspruch darauf, die Grundgedanken der Friedensresolution konzipiert zu haben. Vgl. Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hgg.), Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, 2 Bde, Düsseldorf 1959, Bd. 1, XXX. In die Richtung Müllers deutet vorwiegend die Notiz bei Conrad Hausmann, Schlaglichter: Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, Frankfurt a.M. 1924, 96, Erzbergers Parteigenossen hätten von seinem Unternehmen am 5. Juli 1917 noch nichts gewußt.
- 152 Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß, 44. Vgl. Rauh, Parlamentarisierung, 404.
- 153 Müller verteidigte Erzberger gegen die heftigen Angriffe auf seine Friedenspolitik in eigenen Kreisen. „Hier (sc. in Berlin) war man bemüht, den Streit zu begraben, aber die Kölnischen Katzenrichter lassen nicht locker, ihr Haß gegen Erzberger ist zu groß.“ Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 3. 7. 1918 in: NL Scheller.
- 154 Vgl. Loth, Katholiken, 349.
- 155 Hausmann, Schlaglichter, 216. Sein Engagement für den Parlamentarismus lief einher mit dem Willen zum raschen Friedensschluß. Am 13. September 1918 trat Müller gemeinsam mit Matthias Erzberger als Zentrumsvertreter in den Ausschuß für die Ausarbeitung der Vorschläge für den Völkerbund ein. Vgl. Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß, Bd. 2, 582.
- 156 Dem Sozialdemokraten Albert Südekum lagen diese Aufzeichnungen bei der Abfassung des Entwurfes vor. Vgl. Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß, Bd. 2, 647.
- 157 Der Text der Aufzeichnungen Richard Müllers in: ebd., 651.
- 158 Matthias/Morsey, Der Interfraktionelle Ausschuß Bd. 2, 610.
- 159 Carl Bachem hatte Richard Müller 1929 gebeten, seine kritischen Äußerungen zu Scheidemanns Biographie schriftlich niederzulegen. Am 14. 6. 1929 übersandte Müller seine Aufzeichnungen an Bachem. Er kritisiert darin vor allem Scheidemanns Bestreben, seine eigene Rolle herauszutreichen und dessen „bombastische Renommier sucht, schon von Kindesbeinen an“. Das bekannte Photo, das Scheidemann bei der

- Ausrufung der Republik auf dem Balkon des Reichstages zeigt, darf nach Müllers Darlegungen als nachträglich angefertigt und nicht authentisch gelten. Vgl. Matthias/Morsey, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, 629 Anm. 1.
- 160 „Ich mußte über dieses Drama lachen, worauf der Postbeamte vorwurfsvoll zu mir sagte: „Und Sie können noch lachen?“ Ich antwortete ihm, diese Art Revolution kommt mir wirklich lächerlich vor.“ Die „Erinnerungen Müller-Fuldas an den 9. November 1918 in Berlin“ sind abgedruckt in: Matthias/Morsey, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962, 629 ff., 631.
- 161 Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 20. 11. 1918 in: NL Scheller.
- 162 Vgl. Bonifatiusbote, 11. 1. 1919.
- 163 Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 12. 8. 1919 in: NL Scheller (Hervorhebung im Original).
- 164 Vgl. Klein, Reichstagswähler Bd. 2, 147.
- 165 Zu den Kreisauswahlwahlen im Landkreis Gersfeld vgl. Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 9. 5. 1919 und vom 29. 5. 1919; zu Müllers Mitarbeit an der Kommunalverwaltungsreform vgl. Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 27. 6. 1919; zu Müllers Engagement in der Frage der landwirtschaftlichen Interessenorganisationen vgl. Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 7. 7. 1919. Alle Schreiben in: NL Scheller. Im NL Scheller findet sich zudem umfangreiche Korrespondenz zur lokalen Zentrums Geschichte der Jahre 1918 bis 1920.
- 166 Müller wurde gemeinsam mit den Zentrumspolitikern Erzberger, Bell und Stegerwald als Ressortchefs genannt. Vgl. Germania, Nr. 65, 9. 2. 1919, Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-23, Düsseldorf 1966, 170.
- 167 Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 12. 2. 1919 in: NL Scheller (Hervorhebung im Original).
- 168 Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 9. 2. 1919 in: NL Scheller (Hervorhebung im Original). Skepsis gegenüber dem neuen Kurs des Zentrums in der Koalition mit der MSPD (in Preußen mit der DDP) auch in: Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 16. 8. 1919 in: NL Scheller.
- 169 Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 20. 6. 1919 in: NL Scheller (Hervorhebung im Original).
- 170 Vgl. Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 4. 7. 1919 in: NL Scheller.
- 171 Vgl. Schreiben Richard Müller an Emil Atzert vom 12. 8. 1919 in: NL Scheller. Als seinen möglichen Nachfolger bei den kommenden Reichstagswahlen nannte Müller in diesem Schreiben den Landwirt Jonas.
- 172 Schreiben Richard Müller an Arndt vom 16. 8. 1919 in: NL Scheller. Dort der Brief gleichen Datums an Atzert.
- 173 Vgl. Verhandlungen der Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Bd. 332, 141. Sitzung, 26. 2. 1920, 4521. Mit Müller traten zurück die Abgeordneten Dr. Tauscher, Nitschke, Dr. Mayer und Hebel. Müllers Nachfolger Wilhelm Frank trat am 3. 3. 1920, also erst unmittelbar vor dem Kapp-Putsch, in die Nationalversammlung ein. Vgl. ebd., 15. Sitzung, 6. 3. 1920, 4724.
- 174 Georg Maas (Bearb. u. Hg.), Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, (Berlin) 1919 zit. bei Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, 153. Maas schrieb alle 89 Zentrumsabgeordnete an und erhielt von 47 Abgeordneten Antworten.
- 175 Müllers Freund Carl Bachem charakterisierte seinen Parlamentarierkollegen aus der Rückschau als großdeutsch gesinnt mit einer aus der Lokalgeschichte erklärlichen Abneigung gegen Kurhessen und Preußen. „Müller (Fulda) war geborener Kurhesse, aber wie sein Wahlkreis schon anzeigte, aus dem frühern Fürstbistum Fulda. Wenn sich in seiner Seele keine spezifische kurhessische Begeisterung zeigte, so wird das jeder verständlich finden, welcher die Geschichte Kurhessens im 19. Jahrhundert kennt. Aber ein begeisterter Preuße war er darum doch nicht geworden. So blieb auch

er in seinem politischen Denken deutsch, und zwar ausschließlich großdeutsch gesinnt.“ Bachem, Geschichte der Zentrumspartei, Bd. 6, 147.

- 176 Vgl. Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, 276, Anm. 5
- 177 Schreiben Richard Müller an Emil Artzert vom 17. 8. 1919 in: NL Scheller.
- 178 Zur Zusammensetzung und Veränderung der lokalen und regionalen Zentrumsführung zwischen 1918 und 1920 vgl. Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur. Hessische Kreise im Vergleich, Diss. Freiburg i.Br. 1992, 79–88.
- 179 Schreiben Richard Müller an Reichskanzler Wilhelm Marx vom 19. 7. 1926 in: HASuK Best. 1070 Nachlaß Wilhelm Marx Nr. 138, Bl. 32. Zum Volksentscheid in Fulda vgl. Siegfried Weichlein, Katholizismus und Eigentum. Der Volksentscheid über das Fürstentum 1926 in Fulda, in: Fuldaer Geschichtsblätter 68 (1992), 107–129.
- 180 Zur Aufwertungsdebatte („Hypohekenfrage“) im Vorfeld der Diskussion um den Volksentscheid über die Fürstenteignung vgl. Weichlein, Katholizismus und Eigentum, 112.

Abkürzungen

BdL: Bund der Landwirte

KKV: Katholischer Kaufmännischer Verein